

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7071.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 vollzeile und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1500.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Bentsch-Strasse 2.

Donnerstag, den 4. Januar 1900.

Expedition: SW. 19, Bentsch-Strasse 3.

Frankreich im Jahre 1899.

Paris, 31. Dezember.

Es trifft sich, daß der Jahressehluß in Frankreich diesmal ungefähr mit dem Abschluß der geschichtlichen Ereignisreihe zusammenfällt, in deren Mittelpunkt die Dreyfus-Affaire stand.

Ein Vergleich zwischen Anfang und Ende des verfloßenen Jahres kennzeichnet am deutlichsten die von Frankreich 1899 durchgemachte Entwicklung. Das Jahr begann unter der Laune mit einem Feigenblatt bedeckten Herrschaft der clerikal-militärischen Reaktion, unter dem „geschlichen“ Staatsstreich des Kabinetts Dupuy und des von den Prätorianern terrorisierten Parlaments gegen die Kammern des Kassationshofes, unter dem offenen und straflos gebliebenen Staatsstreichsversuch Déroulèdes-Generals Rogets gegen die Republik. Das Kabinett Dupuy, dem Namen und der persönlichen Zusammenfassung nach ein genuines opportunistisch-radikales „Konzentrations“-Kabinett, war thätig ein Werkzeug der prätorianischen Parteien. Die generalstäblerische „Liga des französischen Vaterlandes“, eine akademische Verfeinerung und Verheuchelung der offenen Staatsstreichs-Figuren der Déroulèdeschen „Patrioten“, der Antisemiten und der Royalisten, teilte sich mit diesen in die Nebenregierung, welche der offiziellen Regierung ihren Willen aufzwang, oder vielmehr diktierte, ohne auf den geringsten Widerstand zu stoßen. Der Verrat loderte überall — vom Präsidentenpalais, wo der Emporkömmling Félix Faure thronete, bis herab zur Volkzeitung. Nie hat ein bestehendes Regime so arge Zeichen der Verzweiflung an seiner eigenen Daseinsberechtigung gegeben wie zu jener Zeit die Bourgeois-Republik. Nie haben die offiziellen Wächter eines bestehenden Regimes so eifrig dessen Feinden in die Hände gearbeitet. Alle republikanischen Einrichtungen schienen nicht nur, sondern waren wirklich vollständig ausgehöhlt, eine fadenförmige Hülle, die jeden Augenblick zu plagen drohte. Die Republik sah nur noch in Folge der Trägheitskraft fortzubestehen.

Ein ganz anderes Bild bietet uns das Jahresende. Die prätorianischen Parteien sind auf der ganzen Linie zurückgeschlagen, in die Defensive gedrängt. Ihre Anführer harren zum Teil im Gefängnis der Verurteilung durch den Staatsgerichtshof, zum Teil müssen sie sich im grimmigen Gefühl ihrer Ohnmacht mit wehleidigen Mlagen und großem Geschimpfe begnügen. Die Republik wird endlich von treuen Republikanern regiert, die in der A b w e h r eine große Energie gezeigt haben, wenn sie auch freilich im Angriff desto schwächer auftreten. Es giebt keine Nebenregierung mehr. Die Militär- und Zivilbeamten wissen und fühlen das und richten sich danach. Präsident Loubet, Ministerium und Parlamentsmehrheit arbeiten Hand in Hand, von demselben republikanischen Gedanken durchdrungen. Das Parlament hat sich gründlich von dem Einfluß des prätorianischen Terrorismus befreit. Jeder Angriff auf die „Regierung der republikanischen Verteidigung“ stößt nur ihre Stellung. Jede Gefahr für die Republik ist geschwunden.

So weit, so gut. Bedenkt man aber, daß die Zusammenfassung aller republikanischen Kräfte lediglich dazu geführt hat, die Republik in die alte Position zurückzuversetzen, ungefähr den status quo ante, den Zustand vor der Dreyfus-Affaire wiederherzustellen, dann erscheint das Ergebnis des Kampfes, wie es sich am Jahresende darbietet, wenig befriedigend. Desto weniger, als jenes Ergebnis selbst zum Teil mit bedenklichen Mitteln erzielt wurde, so daß es zu einer e n t s e i d e n d e n Kraftprobe zwischen Republik und clerikal-militärischer Reaktion, zwischen Zivilgewalt und Prätorianertum eigentlich nicht gekommen ist.

Die Republik hat ihren Sieg nicht entsprechend ausgenutzt, sie ist von der siegreichen Abwehr nicht zu einer kräftigen, weittragenden Angriffssaktion übergegangen. Das clerikal-militärische Uebel wurde nicht an der Wurzel angepackt. Die Furcht vor dem Vorwurf der Feinde, eine „Kampfregerung“ zu sein, hat eine Reihe von Halbheiten bewirkt, sowohl auf dem Gebiete der exekutiven Maßnahmen, wie auf dem der gesetzgeberischen Reformentwürfe. Daß aber auf die unterlegenen Feinde so viel Rücksicht genommen wurde, zeigt ja deutlich, daß der Sieg der einen und die Niederlage der anderen nur augenblicklich, nicht aber dauernd das Kräfteverhältnis der beiden Kampfslager geändert hat.

Auf den bösen oder guten Willen, auf den Mut oder die Feigheit der regierenden Persönlichkeiten kommt dabei sehr wenig an. In Krisenzeiten von geschichtlicher Bedeutung kommen an die Spitze stets diejenigen Personen, die am besten der gegebenen Situation entsprechen. Das Bürgertum der großen Revolution erzeugte die Danton und Robespierre, das matte republikanische Bürgertum von heutzutage konnte in der Stunde der höchsten Gefahr nur den Loubet und Waldeck-Rousseau die Rettung der Republik anvertrauen. Im einzelnen waren die Handlungen und Unterlassungen der Regierung gewiß keineswegs unvermeidlich, aber im ganzen war die derzeitige Regierung die Vollstreckerin der objektiven Notwendigkeit. Wenn sie also vor allem auf die „Verschwichtigung“ bedacht war, so im letzten Grunde deshalb, weil eine radikale Ausschöpfung der Gegensätze über die Kraft der republikanischen Parteien ging, oder, was auf das gleiche hinauskommt, weil die große Masse, die überhaupt dem

ganzen Kampfe gleichgültig zusehen hatte, nach Ruhe, vielleicht nach Ruhe um jeden Preis sich schute.

Noch ein besonderer Umstand hat übrigens die Verschwichtigungspolitik gefördert — die herannahende Weltausstellung, der „Gottesfriede“ von Industrie und Handel, an den stets so große und so berechtigte Hoffnungen namentlich von der kleinen Bourgeoisie der Hauptstadt geknüpft werden. Es wiederholt sich da einigermaßen das Verhältnis von 1889 zwischen Weltausstellung und Boulangerismus. Wie die Weltausstellung von 1889, so dient auch die von 1900 zur raschen Abföhrung bzw. Verlesung einer politischen Krise. Es ist, als ob die periodischen Weltausstellungen dazu bestimmt wären, die ebenfalls periodischen Krisen der Bourgeoisrepublik im Sande verlaufen zu lassen. Der Unterschied aber zwischen 1889 und 1900 ist der, daß damals die Weltausstellung immerhin die Erdrückung des Boulangerismus beschleunigt hat, während sie heute die Ausnutzung des bereits erlangten Sieges über den neuen Boulangerismus verhindert.

So läßt sich dem neben dem oben skizzierten Vergleich zwischen Jahresanfang und Jahresende eine ganz anders aussehende Gegenüberstellung machen. Wenn am Jahresanfang das Ausnahme- und Gelegenheitsgesetz gegen die Kammern des Kassationshofes steht, so prangt am Jahresende der Amnestievorschlag der Regierung zu Gunsten der überführten Verbrecher des Generalstabes. Der Unterschied zwischen jenem und diesem ist eigentlich nur formal-juristischer Natur. Rechtlich aber verfehlt die Amnestie das Rechtsgefühl nicht weniger wie die Aenderung der Revisionsrichter mitten im schwebenden Verfahren, und politisch ist sie eine nicht mindere verhängnisvolle Woffenstreckung der Zivilgewalt vor dem Prätorianertum, ferner ein Versuch, die Begnadigung von Dreyfus durch die Straflosigkeit von Mercier und Konforten in den Augen der „Armee“ wieder gut zu machen, die Ausmerzung der materiellen Folgen des Justizmordes von Rennes durch die thätigliche Verhinderung der Rehabilitation des Unschuldigen aufzuwiegen, die Beendigung der physischen Qualen des Unschuldigen durch die Vereivwigung des auf ihm lastenden legalen Brandmals weitz zu machen. . . . Am Jahresanfang rettete das Kabinett Dupuy neben dem General Roget auch Déroulède und Konforten, indem der militärische Promocionents-Versuch von 23. Februar in ein Preshvergehen umgekehrt wurde. Am Jahresende werden zwar die Staatsstreichler vor den Staatsgerichtshof verwiesen, aber kein einziger Militär wird in den Komplottprozess verwickelt — nicht wegen Mangels an Beweisen, sondern wegen Mangels an Mut. Schließlich — um von anderen untergeordneten Ähnlichkeitspunkten abzusehen — fuhren wir am Ende wie am Anfang des Jahres die Einleitung eines Prozesses gegen die „Armeebelcidiger“ und im Namen derselben faktosanten prätorianischen „Armee-Chre“, und zwar mit den erschwerenden Umständen, daß erstens der neue Prozess nach einer Freisprechung desselben Schriftstellers eingeleitet wird, und daß zweitens diesmal auf den „Armeebelcidiger“, entgegen der bisherigen Praxis in Preshprozessen, die „Anarchistengeheze“ angewendet werden.

Und doch muß bei alledem anerkannt werden, daß die gegenwärtige Konstellation der Parteien und damit die gegenwärtige Regierung noch die denkbar günstigste Möglichkeit bilden! Daher erscheint es ausgeschlossen, daß die weitere Entwicklung die derzeitige Situation wesentlich günstiger gestaltet. Höchstens könnte vielleicht der Amnestievorschlag unmöglich werden. Das wäre aber nicht der besseren Einsicht oder dem gestiegenen Mut der regierenden Parteien zu danken, sondern einzig der kopflosen Fressheit der prätorianischen Parteien, die den Amnestievorschlag mit der Aufstellung der Kandidatur des Hauptverbrechers, des Generals Mercier, zum Senat beantwortet haben.

Keinesfalls aber werden die dauernden Ergebnisse der Krise über den Rahmen der von der Regierung beantragten, füzlich hier besprochenen Palliativformen hinausgehen. Man muß aber schon mit einer ungewöhnlich optimistischen Veranlagung begnabet sein, um auch nur die parlamentarische Durchsetzung dieser Reformen für sicher zu halten. Alle bisherige Erfahrung spricht dagegen. Ein lehrreiches Beispiel und Vorbild sind die reformerischen Ergebnisse der Panama-Affaire, die nämlich gleich Null sind. Da wurde einmal noch vielen Gängen und Bängen ein Gesegentwurf über die Unvereinbarkeit parlamentarischer Mandate mit gewissen seit bezahlten finanziellen Fründen beantragt. Witten im Panamaschreden, der durch Artons Verhaftung neu entfesselt wurde, gelang es dem radikalen Kabinett Bourgeois in der Kammer die „Dringlichkeit“ des Entwurfes votieren zu lassen. Das geschah im November 1895. Nun, seitdem hört man von dem „dringlichen“ Entwurf nichts mehr! . . .

Nur die socialistische Partei darf mit ungemeinster Zufriedenheit auf das verfloßene Jahr zurückblicken. Sie geht aus der Landeskrise wie aus der durch diese mit bedingten inneren Parteikrise gestärkt hervor, und zwar auf Kosten der anderen Parteien, die sämtlich in diesem oder jenem Grade durch die Dreyfus-Affaire geschädigt wurden. Ihre Beteiligung am Kampfe war von entscheidender Bedeutung, sowohl für die Verteidigung der republikanischen Freiheiten, der Vorbedingung des endgültigen Sieges des Socialismus, wie auch für ihr eigenes weiteres Wachstum. Der Satz, der theoretisch freilich eine Binsenwahrheit, daß eine Kampfpartei nur im

und durch den Kampf wächst, ging der als Massenbewegung relativ jungen socialistischen Partei Frankreichs zuerst in Fleisch und Blut über. Und es war wirklich die socialistische Masse, die im letzten Jahre die praktische Erziehungslehre eines großen geschichtlichen Kampfes durchgemacht hat. Die socialistischen Truppen haben daher nicht nur zugenommen, sondern auch an innerer Tüchtigkeit gewonnen.

Der steigende Einfluß der socialistischen Partei ist sinnenfüllig zum Ausdruck gekommen in der Thatsache, daß ein Loubet und ein Waldeck-Rousseau die Mitwirkung eines socialistischen Ministers in Anspruch nehmen mußten. Diese Verwertung der Millerandischen Ministerkandidatur muß allseitig gegeben werden, mag man auch sonst die Beteiligung eines Socialisten an einer Bourgeoisregierung von vornherein und unter allen Umständen verwerfen, oder aber, wie es der französische Einigungskongress erklärt, anerkennen, „daß es ausnahmsweise Umstände geben kann, in denen die Partei die Frage der Beteiligung eines Socialisten an einer bourgeoisen Regierung zu prüfen hätte.“ Wenn die Republik nicht an dem Verrat und der Unfähigkeit der sie beherrschenden Bourgeoisie zu Grunde gegangen ist, so ist das in erster Linie das Verdienst des aktiven Eingreifens der socialistischen Partei. Wie aber die Bourgeoisie unwillig und indirekt die Stärkung des Socialismus in der Dreyfus-Affaire herbeigeföhrt hat, so wird auch die Unverbesserlichkeit der republikanischen Bourgeoisparteien, ihre Unfähigkeit, aus der überstandenen Krise die nötigen reformerischen Konsequenzen zu ziehen, wieder dem Socialismus zu gute kommen. Die Bourgeoisie kann zwar den Militarismus, trotz der Dreyfus-Affaire, schonen oder auch weiter hegen und pflegen. Was sie aber nicht vermag, das ist, ihm sein früheres moralisches Prestige in den Augen der Nation zurückzugeben. Mit dem blinden nationalen Götzendienst zu Ehren des Militarismus ist es ein für allemal vorbei. Damit aber haben die Socialisten zum erstenmal die Möglichkeit bekommen, eine wirksame, die Massen gewinnende antimilitaristische Agitation zu entfalten. Und die in Frankreich bis dahin besonders schwerwiegenden chauvinistisch-militaristischen Vorurteile gegen den Socialismus sind erst recht enturzelt worden, was die Bahn für die Entwicklung der socialistischen Partei freimacht. Mit einem Wort, wird der Sieg der Republik über das Prätorianertum nicht von den bürgerlichen Republikanern ausgenutzt, so wird er desto gründlicher von den socialistischen Republikanern ausgenutzt werden.

Das Wachstum der Partei durch den Kampf hat zwar zunächst eine innere Krise, eine „Wachstums-Krise“ verursacht. Aber eben dadurch wurde der Masse am deutlichsten und am schnellsten die Notwendigkeit der geschlossenen Front, des organisatorischen Zusammenschlusses zum Bewußtsein gebracht. Die Frucht davon, die in der Hitze des Kampfes rasch gereift war der Einigungskongress, dessen Arbeiten noch in frischer Erinnerung sind. Ist noch die Zeit für eine einheitliche Partei, für die Auflösung der Sonderorganisationen in einen einzigen Partei-Organismus nicht gekommen, so hat sich der Kongress einen Rückschritt zur früheren Sonderexistenz der einzelnen Organisationen für immer unmöglich gemacht. Gerade das gewaltige leidenschaftliche Aufeinanderplagen der Gegensätze auf dem Kongress ist die beste Bürgschaft dafür.

Wer den Kongressverhandlungen beigewohnt hat, dem ist die Unbergänglichkeit des Einigungswerkes gerade deshalb zur absoluten Gewissheit geworden, weil keine Stürme, keine Gegensätze und keine Widerstände die auf dem Drange der Masse beruhigende Einigung haben gefährden können.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Januar.

Centrum und Marinekonflikt.

Die „Köln. Volkszeitung“ schreibt aus Anlaß der kaiserlichen Neujahrsrede:
 „Das liegt auf der Hand, daß die Entwicklung, in die wir eingetreten sind, an sich, der Gefahren viele in sich birgt, nicht nur für die verfassungsgesetzlichen Zustände des Deutschen Reiches, sondern auch für die Beziehungen des Deutschen Reiches zum Auslande, wo das Deutsche Reich nach der kaiserlichen Neujahrsansprache „den noch nicht erreichten Play erringen“ soll, und zwar im Geiste dieser Ansprache mit eisengepanzelter Faust. Wars regiert die Stunde!“

Diese Gefahren verdanken wir bisher dem Centrum. Es wird zum guten Teil in der Hand des Centrums liegen, ob diese Gefahren weiter bedrohlich anwachsen oder ob sie vermindert und beseitigt werden. —

Erste Fortsetzung.

Die Vämbläzer der Seegeltung und Weltpolitik stößieren im breiten Faltenwurf des Patriotismus, der sich selbstlos für des deutschen Volkes Wohl aufopfert. Anders aber nimmt sich der väterländische Flotten-dramarbas aus in der Schilderung dessen, der ihm hinter den Coulissen sah und der zum Entgelt für erlittene Kränkung nur ein wenig aus der Schulung plaudert.

Victor Schweinburg packt weiter aus. Erste Fortsetzung. Herr Schweinburg wehrt zwar ab, als wolle er „drohen“, er wolle nur „Thatsachen feststellen“, aber seine Thatsachen sind für seine früheren Flottenfreunde wahrlich keine Schmeicheleien.

Herr Schweinburg feht sich zunächst ins rechte Licht. Die ganze Flottenpropaganda ist „mein Werk“. Wenn die Flottenpropaganda jetzt so schlecht von flotten geht, so liegt das daran, daß man seine Ratichläge nicht befolgte:

Als Organisator des Deutschen Flottenvereins habe ich den Landes- und Provinzial-Ausschüssen die weitestgehende Autonomie eingeräumt und bis auf eine einzige Ausnahme bis ich mit allen den Vorstehenden bis zu meinem Ausscheiden ganz vorzüglich ausgenommen. Ich sand meine Aufgabe gegenüber den Ausschüssen einzig und allein darin, ihre Organisation zu erleichtern und ins Leben zu rufen und im übrigen sie je nach den lokalen Verhältnissen im Sinne der Begründer des Deutschen Flottenvereins arbeiten zu lassen. Ich duldete allerdings keine Auflösung des Deutschen Flottenvereins in Kowentisel und hielt Veranlassung von Theater-Vorstellungen, lebenden Bildern, Vorträgen hinter geschlossenen Türen, Bildung von Schützvereinen u. dgl. nicht für geeignet, den Deutschen Flottenverein in den weiten Weltkreisen auszubreiten. Vorträge gegen Eintrittsgeld werden immer nur vor denjenigen Kreisen gehalten, welche ohnehin bereits von der Notwendigkeit einer starken Seemacht Deutschlands überzeugt sind. Darum halte ich auch für Verlin große öffentliche Versammlungen in Aussicht genommen. Und wenn bisher in der Hauptstadt des Deutschen Reiches noch keine Ausdehnung für die neue Flottenvorlage stattgefunden hat, so lag dies daran, daß ich in dem Augenblicke, wo alle Vorkämpfer hiesfür schon getroffen waren, mich vom Sekretariat des Deutschen Flottenvereins zurückgezogen habe.

So unerföhlich war Herr Schweinburg. Und dennoch verbot ihm die ihm eigene Bescheidenheit, dem Eintritt der Flottenprofessoren durch seine Anwesenheit ein Hindernis in den Weg zu legen. Herr Schweinburg kündigt die Veröffentlichung seines Briefwechsels mit den Herren Professoren Schmolter und Delbrück an, woraus man ersehen wird, „daß in meiner Person kein Hindernis für den Eintritt der Herren in den Deutschen Flottenverein bestand, sondern daß der Hinderungsgrund einzig und allein in der Unmöglichkeit der Erfüllung der Bedingungen lag, welche die Herren stellten.“

Wo immer sonst in der Flottenpropaganda gefündigt wurde, Herr Schweinburg war nicht der Schuldige. Er bekennet offen, daß die Ziffern in dem bekannten von ihm unterzeichneten, in großen Massen verbreiteten Flugblatt, sowohl was die Zahl und Art der Kriegsschiffe, als auch was den Kostenpunkt anbetrifft, falsch waren. Aber er habe sich auf die Angaben des „fachverständigen Veitais“ verlassen müssen und der „Urheber der irrigen Angaben“ habe ihm nicht die Last der Verantwortung tragen helfen. Dieser Urheber ist offenbar Schweinburgs besonderer Flottenintimus, der Sekretär Stellvertreter Korvettenkapitän a. D. Herke mit 10000 M. Jahresgehalt.

Doch nicht nur von den persönlichen Bitternissen, die er erndet, erzählt Herr Schweinburg. Er eröffnet die wohlgefüllten Kisten des Dunsckreises, in dem die edle Junst des Flottenevangeliums gedeiht:

„Die Angriffe, welche gegen mich aus Anlaß jener oben erwähnten falschen Zahlen gerichtet wurden, wären vielleicht belanglos geblieben, wenn nicht die zahlreichen Personen, deren Hoffnungen und Ansprüchen innerhalb des Deutschen Flottenvereins ich entgegengetreten bin, um diesen nicht zum Tummelplatz für Ordens-, Stellen- und Glücksjäger werden zu lassen, im Vereine mit den Antisemiten willkommenen Anlaß genommen hätten, ihrem Mißwille, ihrer gekränkten Eitelkeit und getäuschten Gewinnsucht in verlesenerischen Auslegungen meiner Person Luft zu machen. Ich hielt auf reinen Tisch und wehrte allen denen den Zutritt zu den Plänen des Deutschen Flottenvereins, welche nichts weiter für sich hatten als die Empfindungen sehr hochgestellter Persönlichkeiten, auf die Gefahr hin, daß die mir gestellten, deren Empfehlungen ich auf Grund besserer Personalekenntnis unbedürftig gelassen habe. Die Affen des Deutschen Flottenvereins über die Begründung der Zeitschrift „Neberakt“ enthalten nach dieser Richtung hin ersäunliche Dinge, deren Aufzählung aber nicht wäre, wenn gleich vielleicht manche Kreise daraus lernen könnten, in Bezug auf Empfehlungen, bei denen die Mittel eines patriotischen Vereins in Betracht kommen, sich die größte Reserve anzuerlegen. Hier hat sich im Laufe der Zeit eine erhebliche Summe von Mißgunnung angehäuft und in manchen Fällen kann ich das Datum bezeichnen, wann gewisse Feindseligkeiten entstanden. Das Ordensfest des Jahres 1898 brachte Enttäuschungen, welche die Wärd der frommen Denkart in gährenden Tränen verwandelten, wobei ich natürlich als der Schuldige hängen mußte.“

Herr Schweinburg, der Veriranensmann Miquels, der reiche Gastgeber höher und höchster Beamter, hatte Recht über Orden und Ehrenzeichen. Er hatte gute Gelegenheiten, das Geheiß der Stellen- und Ordensjäger kennen zu lernen, und das jeder Laune der Mächtigen kriegerisch zuzubelt. Seine Schilderung bietet die Gewähr selbsterlebter Wahrheit.

Automatische Jugendverwahrlosung.

Durch eine höchst feltame Verfügung hat vor kurzem der Landrat des Kreises Wollhagen im Regierungsbezirk Kassel die seiner Obhut anheim gegebene Bevölkerung ersucht. Die uns behufs Verbreitung des landräthlichen Ruhmes überlassene Verfügung lautet wörtlich:

J. N. 7331.

In neuester Zeit hat das Automatenwesen auf dem Lande immer weitere Verbreitung gefunden.

In zahlreichen Wirtschaften sind derartige Apparate aufgestellt, welche dem Publikum, insbesondere der Jugend beständig bequeme Gelegenheiten bieten, sich mit Süßigkeiten und dergleichen geringwertigen Gegenständen zu versorgen. Eine derartige, fortwährend bestehende Verführung zu unkontrollierbaren Ausgaben zu Gemüthsweiden wirkt außerordentlich demoralisierend. Die Begehrlichkeit und die Raschheit wird in den Kindern geweckt und dauernd angeregt, der Sparsamkeit, den verständigen Eltern und Erziehern in den Kindern mißsam zu werden suchen, wird untergraben und vernichtet und, wie zahlreiche, in den Automaten gefundene Blechstücke beweisen, es werden die Kinder geradezu zu Betrugsversuchen angereizt.

Es erscheint demnach geboten, einem derartigen Unwesen mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten.

Die Ortspolizei-Behörden weise ich deshalb hiermit an, den Wirten, welche Verkaufs-Automaten aufgestellt haben, anzugeben, diese Apparate binnen 24 Stunden aus den öffentlichen, dem Publikum frei zugänglichen Räumen zu entfernen oder sie derart außer Gebrauch zu setzen, daß sie in keiner Weise mehr benutzt werden können.

Im Falle des Ungehorsams ist auf Grund des § 132 des Landesverwaltungs-Gesetzes eine Strafe von 20 Mark für jeden Tag der Nichtbefolgung der erhaltenen Verfügung anzudrohen und gegebenenfalls festzusetzen.

Die Gendarmerie wird beauftragt, die Orts-Polizeibehörden in der Ausführung dieser meiner Anordnung zu unterstützen.

Musikautomaten werden durch diese Verfügung nicht betroffen. Wollhagen, den 18. Dezember 1899.

Der Landrat
gez. von Buntlar.

Es ist zwar nicht ersichtlich, wo der Herr Landrat von Wollhagen sich die Fülle juristischer Erkenntnisse gesammelt hat, auf Grund deren er die Beseitigung oder Unbrauchbarmachung der Automaten seinen Kreisbefehlenden vorschreibt. Aber es ist nicht zu verkennen, daß in der Verfügung sich ein lebhafter Eifer betätigt für die Erziehung der Jugend des Kreises, welche der öffentlichen Begehrlichkeit verfallen ist, sich aus dem Automaten Chokolade oder Bonbons für die Iederen Mäntchen zu erwerben. Vielleicht erhöht der Herr Landrat seine Verdienste um die Moral seiner Kreisländer, indem er den Kaufleuten den Verkauf von Johannisbrot und Ladungen verbietet. Auch eine Verhüllung der Schaufenster wenigstens so weit, daß fündlich begehrrame Augen an die verführerische Herrlichkeit nicht herantreten, wäre dringend zu empfehlen.

Deutsches Reich.

Belohnung muß sein.

Die Regierung hat sich nunmehr der Junkern wieder ganz und löblich unterworfen. Sie hat zwei der gemäßigten Landräte zu Regierungsräten ernannt, und den einen dem Oberpräsidium in Posen, den andern der Regierung in Potsdam überwiesen.

Die liberale Presse ist über diese Beförderung der Kanalrebellen tief unglücklich. Warum? Die Regierung hat eingesehen, daß es verfassungswidrig war, die Beamten wegen ihrer Ablehnung der Kanalvorlage zu bestrafen, und so ist sie in sich gegangen, hat Buße getan und die Gemäßigten durch die Beförderung entschädigt. Allerdings pflegt die Regierung nur den Junkern gegenüber solche Regungen zu beschließen. Nachdem man aber einmal begonnen hat, die Opposition zu belohnen, ermutigt das vielleicht die bürgerliche Gesellschaft ihrerseits, es auch einmal mit dem geraden Rücken zu probieren. Die Flottenvorlage bietet gleich eine Gelegenheit.

Ein Druckfehler der „Arenz-Zeitung“. Ein sozialdemokratischer Exzer hat in die „Arenz-Zeitung“ einen biblischen Druckfehler eingeschmuggelt. Er läßt das Blatt einen Artikel mit der Wendung schließen: „Die Parole des neuen Jahrhunderts lautet: Vorwärts!“

Der Redacteur hatte natürlich, der Tendenz des Junkerorgans gemäß, „Rückwärts“ geschrieben, der Exzer aber verbandelte das Wort in die Lesung der Sozialdemokratie. Da die „Arenz-Zeitung“ bei ihrer Frömmigkeit auch dem Aberglauben nicht ganz abgeneigt sein dürfte, wird sie wohl diesen Druckfehler als ein böses Jahrhundertvorzeichen betrachten.

Herr v. Bobbelski erhält vom Kaiser zum Dank für die glückliche Entledigung der neuen Postgesetz ein wohlwollendes Schreiben und ein Bildnis Wilhelm II.

Nach eine Säkulargfeier. Für diejenigen, denen der amliche Jahrhundertanfang nicht genügt, bietet sich ein Anlaß, auch im nächsten Jahre Säkulargefühle zu äußern. Der 200. Jahrestag der Krönung des ersten preussischen Königs am 18. Januar soll, wie die „Schles. Zig.“ erzählt, am 18. Januar 1901 in Königsberg in Gegenwart des Kaisers, der Kaiserin und zahlreicher Fürsten durch eine große Feier begangen werden.

Aus Sachsen-Weimar wird uns geschrieben: Von den „höflichen Maßregeln“, nach welchen die Sozialdemokratie im Großherzogtum bekämpft werden soll, und welches durch eine besondere Verfügung den fünf Bezirksdirektoren kund gegeben wurde, hatten die Sozialdemokraten Kenntnis erhalten und in einigen Versammlungen diese Angelegenheit zur Sprache gebracht. Bürgerliche Blätter brachten darauf die Mitteilung, daß dieser Erlaß von einem Beamten der Sozialdemokratie ausgestellt worden sei. Am wurden die betreffenden Beamten veranlaßt, wegen Verleumdung Strafantrag zu stellen. Trotzdem der Minister von Bülow auch im Landtag den Wunsch äußerte, einen Sozialdemokraten deswegen zur Verhaftung zu bringen, hat derselbe auch damit kein Glück, denn die eingeleitete Untersuchung hat bis jetzt ergeben, daß, wie in den meisten ähnlichen Fällen, der Eifer eines sensationssüchtigen Berichterstatters Vermutungen als wahre Thatsachen hinstellte.

Militärämter.

Im Juli vorigen Jahres hat der Bundesrat, wie seiner Zeit berichtet, über neue Grundzüge Beschluß gefaßt, auf Grund deren die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen mit Militärämtern neu geregelt wird. Mit dem 1. Januar 1900 sind diese Bestimmungen in Kraft getreten. Der neue Civilversorgungschein berechtigt zur Aufstellung bei den Reichsbehörden, den Staatsbehörden aller Bundesstaaten und den Kommunalbehörden desjenigen Bundesstaates, dessen Staatsangehörigkeit der Inhaber des Civilversorgungscheins seit 2 Jahren besitzt. Früher war in Preußen der Stellenanspruch eines Inhabers des Civilversorgungscheins von der doppelten Bedingung abhängig, daß derselbe die Eigenschaft eines preussischen Staatsangehörigen besaß und aus dem preussischen Reichs-Militärkontingent hervorgegangen war. Diese letztere Beschränkung ist in dem vom Bundesrat beschlossenen neuen Grundzüge fortgefallen: die erstere Bedingung ist dahin abgeändert worden, daß der Inhaber des Civilversorgungscheins, aus in preussischen Kommunen u. s. f. den Anspruch auf Verdrückung bei der Stellenbesetzung zu haben, zwei Jahre lang im Besitze der preussischen Staatsangehörigkeit sein muß. Ist diese Bedingung erfüllt, dann ist es — und das gilt sinngemäß auch für die anderen Bundesstaaten — für den Anspruch des Vetreffenden gleichgültig, ob er den Civilversorgungschein in einem preussischen oder unter preussischer Verwaltung stehenden Militärkontingente oder in der Marine oder in dem bairischen, sächsischen oder württembergischen Militärkontingente erndet hat. Nur hinsichtlich derjenigen Militärämter, welche den Civilversorgungschein in einer militärisch organisierten preussischen Schutzmannschaft oder in der preussischen Gendarmarie erworben haben, verbleibt es bei den alten Bestimmungen. Weiter sind Kommunalbehörden angewiesen worden, genaue Verzeichnisse über die Bewerbungen von Militärämtern um vakante Stellen zu führen, insbesondere ein Verzeichnis über die Bewerbung von Unteroffizieren, die mindestens acht Jahre aktiv gedient haben. Während im allgemeinen die Einberufung der Stellenämter in der Reihenfolge der Bewerberliste geschieht, sollen unter sonst gleichen Verhältnissen Unteroffiziere, die auf eine mindestens achtjährige Dienstzeit im Heere oder in der Marine zurückzuführen, in erster Linie berücksichtigt werden.

Die Aufnahme der Kaiser-Rede in Russland. Die russische Presse berichtet die neueste Weltpolitik-Rede des deutschen Kaisers sehr verächtlich. Die „Kowowoje Wremja“ meint, die Pläne des Kaisers würden in England wenig angenehm berühren. Interessant ist, wie die Blätter die neueste deutsche Seerüstungs-Politik im Verhältnis zu den Friedensideen ihres Jaren betrachten. „Kosijja“ meint, daß das Gleichnis vom Erreichen des Zieles durch das Schwert von Forderungen des Augenblicks veranlaßt sei, daß dieser Augenblick vergehen und das Schwert aufhören werde, eine entscheidende Rolle zu spielen und daß die von der Höhe des russischen Kaiserthrones verlaublichen Grundzüge die Oberhand gewinnen werden.

Beniger optimistisch ist der „Swet“, der bemerkt: „An der Festigkeit des Kaisers kann niemand zweifeln. Augenscheinlich müßten alle Hoffnungen und Bemühungen um den ewigen Frieden noch auf lange als Träume und Utopien aufgegeben werden, und allen Völkern steht derselbe teure, aber zuverlässige Weg bevor, sich auf nichts anderes als auf die bewaffneten Kräfte zu stützen. Augenscheinlich können den Staaten Kraft und Macht zünftig nicht unerschöpfbare Konferenzen und Kongresse verleihen, sondern ein hartes, beständiges und von heroischem Geiste und Patriotismus erfülltes Heer.“

Das Fiasko der Friedensbestrebungen seitens der gegemwärtig Mächtigen und Herrschenden wird also auch den Söhnen Bäterchens offenbar.

Kaiserreise nach Frankreich. Die mancherlei Liebendwürdigkeiten, die Wilhelm II. Frankreich in den letzten Jahren erwiesen hat — man denke an den Besuch eines französischen Kriegsschiffs — deuteten auf die Absicht hin, die Pariser Weltausstellung zu besuchen. Jetzt sollen nun, wie die „Volls. Zig.“ meldet, die Parisischen Kaiser Wilhelm II., Kaiser Friedrich III., sowie zwei kleine Kreuze im Mai oder Juni für eine Reise des Kaisers nach Frankreich Verwendung finden.

Wenn aus dem Besuch etwas wird und die Regierungsverhältnisse in Frankreich andauern, so könnte Wilhelm II. der Gast eines sozialdemokratischen Ministers werden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Nach einer Zusammenstellung der „Volls-Zeitung“ sind im Jahre 1899 305 Fälle von Majestätsbeleidigungen zur Aburteilung gelangt, die ein Endergebnis von rund 100 Jahren Gefängnis „erzielten“. Da diese Liste nur lückenhaft ist, dürfte die wirkliche Zahl noch beträchtlich höher sein.

Die Beschlagnahme deutscher Schiffe.

Eine amtliche Aufklärung über die vor der Delagoa-Bai durch englische Kriegsschiffe erfolgte Beschlagnahme des deutschen Dampfers „Bundesrat“ und der Hamburger Bark „Haus Wagner“ ist aus London noch nicht eingelaufen. Daß seitens der deutschen Regierung eine Reklamation nach England gegangen ist, haben wir bereits berichtet.

Die deutsche Presse beschäftigt sich, zum Teil in erregtem Tone, mit der Wegnahme deutscher Schiffe und verlangt ein energisches Vorgehen gegen England. Den Ausführungen des „Verl. Tagebl.“ entnehmen wir die folgende Stelle:

„Englische Kriegsschiffe haben kein Recht, unter deutscher Flagge fahrende Personen und fahrendes Gut anzufassen, wenn sie nicht wirkliche Kriegskolonnen für Transvaal nachweisen läßt. Gegenstände, die nicht für Kriegszwecke bestimmt sind, vorab solche für Bewohner des portugiesischen Gebietes, und Personen, deren Reiseflegel für den Transport lediglich das portugiesische Gebiet ist, müssen vor englischen Kriegsschiffen bedingungslos sicher sein. Die Delagoa-Bai gehört nun einmal nicht zu Transvaal. Es mag England schmerzen, daß, so lange hier portugiesischer Kolonialbesitz sich befindet, von hier aus, wo es so bequem wäre, der bisher siegreiche Gegner nicht angefohrt werden kann. Diese Unbequemlichkeit aber rechtfertigt in keiner Weise ein Verhalten wie das Vorgehen gegen den deutschen Dampfer. Bestätigt sich, wie von Hamburg aus bestimmt und glaubhaft berichtet wird, daß der „Bundesrat“ nichts an Bord hatte, was an Personen und Kriegsmaterial für Transvaal bestimmt war, dann wird England dafür ungehämt die erforderliche Gemüthung zu leisten haben, vor allen Dingen aber seine Schiffskommandanten in Südafrika mit Befehlen anstatt mit Mißgunst zu versehen, die solchen Zwischenfällen vorzubeugen.“

Nicht zu verwundern ist es, daß gewisse deutsche Marine-Entwickler auch Hohn auf dieser Blüte zu setzen suchen. Die „Post“ schreibt beispielsweise:

„Wenn diese Radikale in manchen deutschen Kreisen Unwillen erregt hat, so wird man dort besser thun, statt gegen England die üblichen Schmähungen anzustößeln, sich zu fragen, wie ein solcher verächtlicher Zwischenfall in Zukunft wohl vermieden werden dürfte. Da tritt uns denn sofort die Thatsache entgegen, daß Deutschlands Seemacht in den afrikanischen Gewässern ganz unzureichend vertreten ist. Wenn unten an dem Kap nach der deutschen Flagge sich ein oder mehrere deutsche Kreuzer befänden, so würde jeder Befehlshaber eines britischen Fahrzeuges sich den Fall sicherlich zweimal überlegen, ehe er zur Beschlagnahme eines deutschen Dampfers den Befehl erteilt. Unter den jetzigen Umständen ist Deutschland jedoch eine quantität negligible zur See, und keine Seemacht, die uns überlegen ist an Stärke, wird Bedenken tragen, uns einen Kasernstüber zu verlegen, wenn es ihr gerade paßt.“

Die Ausrüstung deutscher Schiffe scheint den Marine-Interessenten-Postulaten ein gesundes Fressen zu sein.

London, 3. Januar. Die Abendblätter veröffentlichen ein Telegramm aus Durban vom gestrigen Tage, nach welchem der Dampfer „Bundesrat“ fünf große Geschütze, 50 Tonnen Geschosse, 7000 Sätze und ferner 180 einexerzierte Artilleristen, die nach Transvaal gehen wollten, an Bord hatte.

Die Hamburger Schiffahrts-Gesellschaft hat beklammlich mitgeteilt, daß sich keinerlei Kriegsmaterial an Bord befunden habe.

Handelsbeziehungen mit Transvaal. Von amtlicher Seite werden Erhebungen darüber angestellt, welche Handelsverbindungen mit Transvaal die deutsche Industrie bis jetzt unterhielt, resp. welche Fabrik- und Engros-Geschäfte gewinst sind, später nach dort zu exportieren. So wurde insbesondere bei Berliner Konfektionsfirmen Nachfrage gehalten, ob und in welcher Höhe bis jetzt Konfektion nach Transvaal exportiert worden ist, ev. ob Kleidung vorhanden wäre, später Handelsbeziehungen mit diesem Land anzuknüpfen. Diese Anfrage wird, wie der „Konfektionär“ meldet, durch die sehr berechtigte Ansicht hervorgerufen, daß Transvaal nach Beendigung des Krieges nicht mehr wie bisher in England seinen Hauptbedarf decken wird, sondern sicherlich dann deutsche Fabrikate in viel größerem Umfange als bisher eintufen wird. Die obigen Erhebungen sollen der deutschen Regierung eine Handhabe bieten, um den Export nach Transvaal auf günstiger handelspolitischer Basis zu fördern.

Eine Zeitschrift über Kantschon ist dem Reichstag zugegangen. Sie legt aber bisher nur in einem Auszug der Verl. „Korresp.“ vor. Die Zeitschrift konstatiert das wenig günstige Bild des Gesundheitszustandes im Herbst 1899 und glaubt eine Verabingung für die Zukunft in dem Umstande erblicken zu können, daß die vorgelommenen Krankheiten nicht wesentlich von klimatischen Einflüssen abhängig waren. Die klimatischen Bedingungen der Kolonien seien durchaus günstig. In Bezug auf die Wohnungsverhältnisse eröffnet die Zeitschrift auch für die Zukunft noch wenig tröstliche Aussichten: „Insbesondere können die alten chinesischen Lager, in denen die deutsche Garnison zunächst provisorisch untergebracht werden mußte, trotz aller Reparaturarbeiten auf längere Zeit den Anforderungen der Hygiene nicht genügen.“ Bis zur Unterbringung aller Truppen in neuen Kasernen soll die notwendige Abhilfe durch eine ausgedehnte Entwässerung der alten chinesischen Lager sowie durch Einrichtung von Wärdern beschafft werden. Ein Lazarett für 150 Betten ist in Angriff genommen. Seit Mitte November sollen die Gesundheitsverhältnisse in Kantschon wieder ein betrieblendes Bild zeigen.

Zum deutsch-englischen Geheimvertrag. In der Thronrede, mit der am Dienstag die portugiesischen Cortes eröffnet wurden, findet sich folgende Auslassung über die Kolonien in Afrika: „Um die Ruhe in den nördlichen Gebieteilen von Mozambique zu sichern und das Prestige Portugals dort zu stärken, sei eine Expedition ausgesandt worden, deren heroische

Bemerkungen von Erfolg gekrönt gewesen sein. Und es sei wieder einmal bewiesen worden, daß einem Volke, welches im Stande gewesen sei, diese Gebiete für die Civilisation zu erobern, auch die Elemente nicht fehlten, welche erforderlich seien, um diese Gebiete zu erhalten und zu verteidigen.

Diese Ausdrucksweise deutet nicht darauf hin, daß Portugal nahe daran wäre, diese Gebiete einer anderen Macht zu überlassen.

Von den Admiralsinseln, wo erst kürzlich der Händler Mey von den Eingeborenen getötet und aufgefressen wurde, wird wiederum ein ähnlicher Fall berichtet: Ein Schooner der Firma Forstath u. Co. ist von Eingeborenen der Admiralsinseln überfallen und geplündert worden, wobei der Kapitän und die gesamte Mannschaft des Schiffes erschlagen worden sind. Das ausgeraubte Schiff konnte durch einen Händler der Firma Hermsheim u. Co. geholt werden.

Ausland.

Frankreich.

Vom Landesverrat - Prozeß. Die Verurteilung des Angeklagten Buffet durch den Staatsgerichtshof in Paris und die damit verbundene Freisprechung dreier der anderen Angeklagten wird in Frankreich scheinbar leidenschaftlos aufgenommen. Die republikanischen Blätter drücken ihre Verwirrung über die vom Staatsgerichtshof gefällten Urteile aus und erklären, sie seien ein Beweis dafür, daß die Senatoren sich nur als Richter, nicht als Politiker betraugen hätten. Die radikalen Blätter billigen die Urteilsprüche gleichfalls und bemerken, die Senatoren hätten dadurch gezeigt, daß die von Freunden der Angeklagten erhobenen Vorwürfe der Parteilichkeit durchaus unberechtigt gewesen seien. Die nationalistischen Blätter meinen, die Senatoren hätten sich nur deshalb so milde gezeigt, um desto strenger gegen Drouot und Guérin vorgehen zu können, was allerdings noch erst abgewartet werden muß.

In der geheimen Sitzung vom Mittwoch wurde Drouot mit 136 gegen 37 Stimmen für schuldig erklärt, ihm jedoch mit 200 gegen 1 Stimme mildernde Umstände zugesprochen. Drouot wurde freigesprochen.

Paris, 3. Januar. Der Staatsgerichtshof erkannte auch Guérin für schuldig. Drouot wurde freigesprochen, de Sur-Saluces in contumaciam verurteilt.

Italien.

Der Großmachtstreben scheint der italienischen Regierung noch nicht vollständig ausgehtoben zu sein. Die fürchtbare Reaktion in Abyssinien ist schon vergessen, und die Regierungschamwämmer sind wieder das Ziel. Der Versuch mit China war die erste Umwandlung des neuen Weltpolitik-Zieles. Jetzt hören wir von einem erneuten und gefährlicheren Anfall. In einem italienischen Blatt, das zu amtlichen Mitteilungen bemerkt wird, wo es gilt, die öffentliche Meinung auf etwas Unerwartetes vorzubereiten: in der „Nuova Antologia“ wird der Plan besprochen, ein italienisches Truppenkorps nach Ägypten zu schicken, als Ersatz für die englischen Truppen, die dem gegen Transvaal veränder werden könnten. Ein solcher Plan in England gehegt wird, ist sehr wahrscheinlich. Es wäre aber ebenso gefährlich wie unethisch, wenn Italien sich zu der doppelten verächtlichen Rolle hergäbe, für England die Kasernen aus dem Feuer zu holen und zur Erdrosselung der Völkerepublik Spaniens Dienste zu leisten. Vom italienischen Volk und namentlich von unseren Genossen in der Kammer erwarten wir, daß sie im Interesse ihres Vaterlandes das Nötige thun werden, um der Regierung den Großmachtstreben auszutreiben.

Rußland.

Etwas aus dem Kulturkal. Russischen Blättern zufolge ist das Budget des russischen Ministeriums für „Vollausklärung“ (Kulturministerium) für das Jahr 1900 auf nur 30 Millionen Rubel festgesetzt worden. Dieses Budget ist seit Jahren verhältnismäßig das niedrigste unter den Budgets der verschiedenen Ministerien, obgleich das Bedürfnis nach Erweiterung der Schulbildung und nach Verbesserung der Lage der beschiedenen Schulanstalten ein offenbar dringliches ist und Rußland noch Kreise aufzuweisen hat, wo auf 100 Personen der Bevölkerung nur einer des Lesens und Schreibens kundig ist. Während in den letzten 25 Jahren die Ausgaben des Kriegs- und des Marineministeriums um 300 bis 400 Proz., trotz Friedenskonferenzen, erhöht wurden, sind die Mittel für die vornehmste Friedens- und Kulturangelegenheit des Staates, für die Volksbildung um nur 40 Proz. vermehrt worden. Selbst die Iohannsen und alleruntergeordneten russischen Blätter bemerken hierzu, daß die Thatfache, daß man mit dem Budget des Vollausklärungsinstituts so sparsam umgeht, im höchsten Maße „verdächtig“ sei und daß heimliche reaktionäre Mächte ihre Hand im Spiele haben müßten. Die russische Regierung scheint sich indes auf einem anderen Kulturgebiete einschließen zu wollen. In Rußland bestehen zur Zeit bereits 6000 Einzelhaftzellen, welche Zahl bedeutend vermehrt werden soll. Für das Budget des Ausbaues der Gefängnisse hat die Regierung allerdings auch „nur“ — 21 Millionen bewilligt.

Das Ausland im Jahre 1899.

Afrika und die Weltpolitik.

Man kann fast behaupten, daß seit den Zeiten der Scipionen im alten Rom noch niemals das Interesse an den Ereignissen in Afrika so stark gewesen ist wie im verflohenen Jahre. Der Entscheidungslampf der Engländer um die Herrschaft im Sudan und damit auch um die Sicherung ihrer nach Indien wertvollsten Besetzung, Ägyptens. Der Kampf gegen Transvaal, die Differenz zwischen Frankreich und England in der Gegend von Fashoda, der große Plan Cecil Rhodes, das Kap der guten Hoffnung mit der Nilmündung, Kapstadt und Alexandria mit einer Eisenbahn und einer Telegraphenlinie zu verbinden, die Kämpfe im Kongostaate, koloniale Vorarbeiten in Französisch- und Deutsch-Afrika, die Grenzabmachungen zwischen England, Frankreich und dem Deutschen Reich, der Geheimvertrag mit Portugal wegen der Aufteilung der portugiesischen Besitzungen in Afrika zwischen England und dem Deutschen Reich, all dies hat die öffentliche Meinung Europas in hohem Maße interessiert und hat die Weltpolitik stark beeinflusst.

Die Schwierigkeiten in Asien.

Stand im Jahre 1898 Ostasien im Vordergrund des europäischen Interesses, so ist das im letzten Jahre weniger der Fall gewesen. Wohl hat China eine große Rolle gespielt. Der Bau einer Reihe von Eisenbahnen ist gesichert worden. Das Streben Italiens, festen Fuß auf chinesischen Boden zu fassen, wurde abgewiesen, aber das, was man erwartet, eine Entscheidung über das Obsteigen des englischen oder russischen Einflusses auf chinesischen Kaiserhof, ist vertagt. Diese Einflüsse halten sich gegenseitig die Waage und eine Entscheidung wird von allen Seiten geführt und deswegen hinausgeschoben. Das Gleiche gilt von den Verhandlungen in Korea, dessen Selbständigkeit ganz gefährdet schien, das aber an den Wipfeln der europäischen Nationen profitierte. Die Entscheidung in Korea und China wird erst fallen, wenn ein Schienenstrang St. Petersburg mit Port Arthur verbunden wird, wenn die anderen großen Eisenbahnprojekte Rußlands in Centralasien, in der Mandchurei u. zur Auslieferung gelangt sein werden. Erheblich hat sich Rußland im verflohenen Jahre diesem Ziel genähert. Der einzige Trost ist, daß diese willkürlichen Interessen bestimmten Bahnen auch in hohem Maße der Kultur dienen werden. Die wirtschaftliche Erschließung Sibiriens macht große Fortschritte. Rußland mußte deswegen darauf verzichten, seine Strafgefangenen weiter nach Sibirien zu verbannen, weil diese heute eine Gefahr für die wirtschaftliche Zukunft dieses Landes sein würde. Sonst ist aus Asien zu berichten, daß in Indien Gungernoi und Pest noch immer Epidemien von Pestery wegtragen. Für Kleinasien ist der Bau einer großen Eisenbahn, die von Rom bis an den persischen Meer-

bussen gehen wird, gesichert. Um die Konzession für diese Bahn war ein großer Kampf ausgebrochen. Englands und Deutschlands Kapitalmächte rangen um ihr größeres Gewicht in der Behandlung und Befreiung der türkischen Staatsämmer. Deutschland oder richtiger die Deutsche Bank hat dabei über das englische Kapital den Sieg davon getragen.

Die absoluten Monarchien Europas.

Wenn wir uns von Asien nach Europa wenden, so sind es die Verhältnisse in Rußland und in der Türkei, an die man anknüpfen muß, weil diese Staaten noch immer in Verfassung und Verwaltung an asiatische Zustände erinnern. In der Türkei herrscht unbeschränkter Despotismus eines an Verfolgungswahn leidenden Fürsten. Ein Epochenstern reger wie im alten Venedig drängt sich in alle geistlichen und geschäftlichen Verhältnisse der türkischen Hauptstadt und des Reiches. Dabei bleiben die unzahlige Mal verprochenen Reformen krumme Wünsche und an eine Gesundung der zerstückelten Finanzen ist absolut nicht zu denken, so lange die ganze Staatsverwaltung keine andere Aufgabe hat, als die Bedürfnisse des Hofes und der politischen Polizei, als die einzig dringliche zu befriedigen; Schwierigkeiten hatte die Türkei in Arabien, wo bedrohliche Aufstände herrschten und, wie es scheint, noch immer nicht zum Stillstand gebracht sind.

In Rußland hat man sich über das Risiko des Jaren bei der Haager Friedenskonferenz zu trösten verstanden, indem man nun desto eifriger den Bau von Kriegsschiffen und die Verklärung und Neubewaffung des Landheeres bereitet. Die Politik der Unterdrückung jeder freien Bewegung in Wort und Schrift wurde weiter betrieben und die Aufzögerung Rußlands macht trotz aller Proteste der dortigen Bevölkerung und trotz der lebhaften Sympathie ganz Europas für die neuesten Opfer des Panislamismus große Fortschritte. An eine Besserung dieser Verhältnisse ist auf absehbare Zeit nicht zu hoffen, denn die russische Bourgeoisie weiß, daß auch der Absolutismus ihre wirtschaftlichen Interessen berücksichtigen muß, so daß heute nur das erst im Erwachen begriffene städtische Proletariat als Gegner der Jarenherrschschaft in Betracht kommt.

Die skandinavischen Staaten.

Am tiefsten hat die Unterdrückung der Finländer die Stammesverwandten Schweden erregt, obgleich Schweden selbst im verflohenen Jahre eine der geschäftlichsten Jahre nachweist, ein Aufstand gegen streikende Arbeiter. Die Wahlen des verflohenen Jahres sind in etwas freisinnigerem Sinne ausgefallen und Genosse Pranting, der schon in der früheren Legislaturperiode die Socialdemokratie vertreten hatte, verblüht als der einzige Arbeitervertreter im Parlament. Trotz des großen Widerstandes des Königs mußte der Wunsch der Norweger auf größere Trennung von Schweden bewilligt werden. Viele staatsrechtlichen Unabhängigkeitsbestrebungen Norwegens fanden ihren Ausdruck und teilweise Erfüllung in dem Kampfe um die reine norwegische Flagge und in der Erwählung derselben. Der schwedisch-norwegische Minister des Aeußeren mußte durch einen Anhänger einer Norwegen freundlicheren Politik ersetzt werden.

Im stammesverwandten Dänemark hat die Arbeiterchaft eine glänzende Kraftprobe bestanden, indem sie bei der Ausperrung fast sämtlicher Industrie-Arbeiter den Sieg über das Unternehmertum davontrug. Die Zeit der Konflikte zwischen radikaler Volksvertretung und konservativem Ministerium ist noch nicht abgeschlossen.

Großbritannien.

In England stand die Politik offener als je im Dienste des Geldgades. Die Interessenten an den Goldgruben von Transvaal und an den Diamantgruben von Kimberley hatten die ganze englische Politik in ihr Schlepptau gebracht. Aber nicht bloß die heimische Politik in Südafrika, sondern auch die ganze auswärtige Politik wurde durch diese Interessen bedingt. Cecil Rhodes kam mit den wärmsten Empfehlungen der englischen Regierung nach Deutschland, wurde trotz des heftigen Telegramms vom deutschen Kaiser empfangen und fand in Berlin lebhaftes Entgegenkommen für seine Projekte der transafrikanischen Telegraphenlinie und für die transafrikanische Eisenbahn. Die Samoafrage wurde der Lösung entgegengeführt und sonst alles von englischer Seite getan, um freie Hand bei der Vertretung der Interessen der Rhodes-Chamberlainischen Chartered Company in Südafrika zu erhalten. Die Niederlage in Südafrika hat die Schwäche Englands offenbart. Die Niederlage in Transvaal wird für die Dauer des Kabinetts wahrscheinlich entscheidend sein, heute steht selber das englische Volk noch hinter den Chamberlain; auf die Dauer wird sich aber diese Verblendung nicht anrecht erhalten lassen. Der einzige große Erfolg Englands im verflohenen Jahre war die Wiederherstellung der Herrschaft des Rajah in Centralasien.

Holland und Belgien.

Holland hatte die zweifelhafteste Ehre, die Diplomatie der ganzen Welt, mit Ausnahme der Vertreter der beiden südamerikanischen Republiken und des Papstes, bei der sogenannten Friedenskonferenz zu beherbergen. In der inneren Politik erlitt das Ministerium wegen der Unterlassung der Einladungen an den Papst und die stammesverwandten Republiken heftige Angriffe.

Lebhafter als in Holland ging es in Belgien zu, weil die liberale Partei durch ein neues Wahlgesetz ihre Herrschaft verewigen wollte. Socialdemokraten, Radikale und Liberale verbänden sich zur Bekämpfung dieses Ministeriums. Offen wurden sie in Protesten und in ihren agitatorischen Demonstrationen gegen den neuen Wahlgesetzentscheid von den Christlich-Socialen unter Führung des erklommeneren Abbé Dasés und im geheimen von einem Teile der Liberalen unterstützt. Die ohnedies auf schwachen Füßen ruhende Monarchie war in ihren Grundvesten erschüttert. Der König mußte nachgeben, er entließ das Ministerium von dem Peerboom. Die Wahlschicksalvorlage wurde zurückgezogen, unter Smet de Ryver ein neues Kabinet gebildet und eine Vorlage auf Grund des Proportional-Wahlsystems eingebracht, die nach langen, heftigen, von den Socialdemokraten zum Teil auch mit den Mitteln der Obstruktion geführten parlamentarischen Kämpfen angenommen wurde.

Das absterbende Spanien und Portugal.

Für Spanien brachte das Jahr 1898 schwere Kämpfe. Die Katalonier waren beiseite, ihren Gegnern zum übrigen Spanien der Welt kund zu thun, sie haben mit demonstrativer Freundschaft die im Hafen von Barcelona mandrierende französische Flotte begrüßt, sie haben die Steuern verweigert, den Belagerungszustand ertragen, ohne daß die Bewegung eine Abschwächung erfahren hätte. Neben diesen Schwierigkeiten litt Spanien unter finanziellen Kosen schwerster Art, die unheilbar sind und bleiben, so lange Spanien sich nicht entschließt, den Großmachtstreben anzugeben und auf die Herstellung einer neuen Flotte, auf die Stärkung seines militärischen Ansehens zu verzichten. Das einzige für Spanien Erfreuliche war der Verkauf der für sie verflohenen Karolinen zu dem unsäglich hohen Preis von 17 000 000 M., den die deutschen Steuerzahler aufzubringen hatten.

In Portugal hatte sich die Pest eingemiselt und über Oporto, die blühende zweite Hauptstadt des Landes, Arbeitslosigkeit und Elend gebracht. Die Wahlen haben die Opposition gegen das schon liberale Ministerium verstärkt und aus Oporto selbst wurden nur republikanische Volksredner entsendet.

Das Land des Verfassungbruchs und der Mafia.

In Italien hatte die teilweise Amnestie, die den Amnestierten die politischen Ehrenrechte nicht wiedergab, um so weniger beruhigend gewirkt, als das Ministerium Pelloux Zwangsgeetze gegen die Socialdemokraten einführen wollte. Nur eine kräftig geführte Obstruktion der äußersten Linken unter Führung der Socialdemokraten konnte die parlamentarische Erledigung dieses Gesetzentwurfes verhindern, in verfassungsdreieckiger Weise wurden aber diese Zwangsgeetze als Notgeetze in Rechtskraft gesetzt, nachdem das Parlament verlagert war. Eine glänzende Antwort erhielt das Ministerium bei den Gemeinderats-Wahlen, wo überall die socialdemokratischen Stimmen wuchsen, wo Mailand eine Gemeinderatsvertretung erhielt, deren Mehrheit aus Socialisten und Radikalen bestand, während in Turin die Anzahl der socialistischen Gemeinderäte auch stark anwuchs. Mit seiner chinesischen Abenteuer-

politik hatte das italienische Ministerium wenig Erfolg. Die Chinesen wußten sich der italienischen Freundschaft zu erwehren. Gegen Schluß des Jahres wagte die Regierung ein energisches Vorgehen gegen die Mafia Siciliens. Es soll ihr hierbei gelungen sein, die wirklichen Führer der Mafia inschließlich zu machen, unter anderem auch den Hauptredner von Palermo, Palizzolo, einen der eifrigsten Anhänger Crispien, der als einer der Führer des verflohenen Geheimbundes galt.

Die kleinen Staatswesen.

Die Schweiz hatte allgemeine Wahlen, deren einziger hervor- stichender Zug das außerordentlich starke Anwachsen der socialdemokratischen Stimmen, vor allem in den großen Städten Zürich, Genf, Basel, Bern, und die Verdoppelung der socialdemokratischen Vertreter im Nationalrat von 2 auf 46 war. Die nach langen Jahren der Vorbereitung parlamentarisch erledigte Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter besiedigte die organisierten Arbeiter der verflohenen Parteien nicht. Sie trugen sich mit der Absicht, in einer Volksabstimmung dieses Gesetz in Fall zu bringen. Eine lebhaftere Bewegung unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ist auf die Neutralisierung der Fachorganisation gerichtet. Man erhofft hiervon eine Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte der verschiedenen politischen Richtungen im Kampf gegen das Unternehmertum. Einer der entschiedensten Gegner jeder socialpolitischen Maßregel, der frühere Bundespräsident Droz, ist im letzten Jahre gestorben.

Die Rot der Türkei hat sich auf alle ihre Tochterstaaten verwehrt. Serbien, Bulgarien, Rumänien, Montenegro litten im verflohenen Jahre unter der Klimmglückheit, die Staatsbedürfnisse zu befriedigen. Montenegro ist von der österreichischen Postverwaltung als zöhlungsunfähig erklärt worden. Bulgarien stand vor der offenen Erklärung des Bankrotts. In Rumänien hat man sich zu sehr starken Steuererhöhungen entschlossen, ohne damit der finanziellen Not entrinnen zu können. In Serbien sucht man durch ein Schreckensregiment, durch eine Vernichtung der Führer der radikalen Partei, durch die Verhängung des Belagerungszustandes, die energischsten Gegner zu entwannen und die Aufmerksamkeit des Volkes von den traurigen finanziellen Zuständen abzuwenden. Eine kleine Besserung der Verhältnisse scheint Griechenland aufzuweisen zu können.

Partei-Nachrichten.

Zu wenig Licht in Oberschlesien. Die Parteigenossen des ober-schlesischen Industrievereins, die zu Neujahr das einzige ihnen bisher zur Verfügung stehende Versammlungslokal in Bielechowitz dadurch verloren haben, daß es durch behördliche Vermittlung dem früheren Besitzer abgekauft wurde, veranlaßten am zweiten Weihnachtsfeiertage und am Silvesterstage zwei Volksversammlungen, zu denen als Referentin die Genossin Rosa Luge mburg aus Berlin geladen war. Beide Versammlungen waren sehr gut besucht, trotz der Unbillen der Witterung. Leider konnte die Referentin in der ersten Versammlung nicht das Wort erhalten und die Versammelten mußten sich mit den Reden dortiger Genossen begnügen. Der mangelhaften Verlehrsbedingungen wegen erreichte die Genossin Luge mburg den Versammlungsort erst beim Eintritt der Dunkelheit, und die überwachenden Polizeibeamten verhinderten die Fortsetzung der Versammlung mit der Begründung, daß die Belichtung des Lokales nicht genüge. In der zweiten Versammlung hielt die Referentin in polnischer Sprache ein einständiges Referat über die Grundbegriffe des Socialismus, das mit großem Beifall aufgenommen wurde. An ihr Referat schlossen sich einige längere Reden hinzu von polnischen und deutschen Genossen. Leider mußte auch diese Versammlung wegen mangelhafter Beleuchtung schon nach 1 1/2 stündiger Dauer geschlossen werden.

Die ober-schlesischen Parteigenossen werden dafür sorgen, daß es mit der Zeit auch dort hell genug wird.

Partei-Presse. In der „Frankfurter Volksstimme“ finden wir die Nachricht, daß Genosse H. Fischer, der Leiter der Vorwärts-Verhandlung, in die Redaktion der „Frankfurter Tagespost“ in Nürnberg eintreten werde. Wir können erklären, daß die Nachricht jeder Begründung entbehrt.

Der Vertrauensmann für Süddeutschland und Nordhohde giebt in der Partei-Presse die Erklärung ab, daß sich die Parteigenossen dieses Bezirkes nach Kenntnisnahme von den vorliegenden Gründen mit dem Beschluß der Dortmunder Parteiverammlung auf Ausschluß Lütgenaus einverstanden erklären.

Die Anhebung des Zeitungstempels veranlaßt auch die in Warendorf erscheinende „Nordhohde Volksstimme“ sowie die in Leyptz erscheinende „Neue Freiheit“, beides Parteiblätter, zu Erweiterungen und Verbesserungen, durch die sie ihren Leserkreis hoffentlich vergrößern werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Brechtänder“. Der Redacteur des „Hollischen Volksblatt“, Genosse Weichmann, war vom Schöffengericht von der Anklage, den Obersteier Block durch Veröffentlichung eines Verichts über den in Halle statigehabten Vergewaltigungsgreß beleidigt zu haben, freigesprochen worden. Der Staatsanwalt, der dagegen Verurteilung eingeleitet hatte, beantragte eine Geldstrafe von 300 Mark event. 30 Tage Gefängnis. Die Strafkammer richtete vernichtend im Gegenlag zum Schöffengericht, daß Weichmann in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, erkannte jedoch an, daß der Fall außerordentlich milde liege und verhängte eine Geldstrafe von 5 Mark event. 1 Tag Gefängnis.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Zimmerer! Mit Anfang dieses Jahres tritt laut Vertrag vom 11. August v. J. eine Lohnerhöhung von 60 auf 62 1/2 Pf. pro Stunde ein. Wir ersuchen daher alle Kameraden, welche am nächsten Sonntage den höchsten Lohn nicht ausgezahlt bekommen, dies sofort nach dem Bureau des Verbandes, Stralauerstraße 48, zu melden. Alles weitere wird von dort aus veranlaßt werden. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

„Der Seemann“. Organ für die Interessen der seemannischen Arbeiter, erscheint vom 1. Januar ab monatlich zweimal, anstatt wie bisher einmal, acht Quartetten stark. Ein erfreulicher Fortschritt, den alle Freunde der Arbeiterbewegung mit Begeisterung begrüßen werden.

Weil sie einen „christlichen Lohn“ verlangen, werden nunmehr auch die Mitglieder des Deutscher christlichen Arbeiterverbandes wie Socialdemokraten behandelt und geungerechelt. Insbesondere geschieht das, seitdem die von diesem Verbande angeregte Lohnbewegung Ende vorigen Jahres bis unmittelbar zum Streifen gediehen war. Selbst der General-Direktor der Königsbühne, Herr Ladeberg, der sonst in dieser Beziehung noch als liberal passieren konnte, ist scharf geworden und hat die Entlassung aller Mitglieder des Deutscher Verbandes angeordnet. — Es ist sehr dankenswert, daß auf diese Weise die ober-schlesischen Arbeiter von den christlichen Unternehmern im Arbeitsverhältnis aufgeklärt werden. Ein großer Teil der Mitglieder des Deutscher Verbandes hielt noch an den christlichen Illusionen fest und hofft auf Lohnerhöhung von den Unternehmern, weil diesen ihr Christentum sie gebiete. Jetzt sehen sie, daß die Unternehmer die Forderung nach einem christlichen Lohn nicht anerkennen und jeden, der auch nur die geringste Lohnerhöhung fordert, als Socialdemokraten betrachten und behandeln. Auf diesem Wege wird es nicht lange dauern, dann sind sie es in Wirklichkeit. Schon längst gelangt es der etwas zu launigen Leitung des Deutscher Verbandes nicht mehr, die immer radikaler werdende Stimmung unter den Mitgliedern wieder zu befeuern.

Eine Neujahrüberraschung eigener Art hat der Verein der Stauer von Hamburg-Altona von 1888 den Schauerleuten bereitet. Er hat unterm 1. Januar folgende zwei Bekanntmachungen erlassen:

1. Infolge wiederholt vorgekommener Unzulänglichkeiten abseits der Hafenarbeiter hat der unterzeichnete Verein unter Hinweis auf seinen Lohnvertrag vom September 1898 beschlossen:
Dah Arbeiter, welche nicht nach 6 Uhr abends arbeiten können oder wollen, solches bei der Arbeitnahme mitzuteilen haben. Arbeiter, welche ohne diese Mitteilung die Arbeit annehmen und sie dennoch verlassen, bevor ihnen vom Arbeitgeber (Stauer) Feierabend geboten wird, werden von keinem Stauer wieder zur Arbeit zugelassen.

2. Unter Bezugnahme auf obige Bekanntmachung des Vereins der Stauer von 1888 machen wir die Arbeiter darauf aufmerksam, daß laut § 11 der Statuten des Arbeitsnachweises Arbeitern, die von den Stauern nicht in Arbeit genommen werden, die Karte entzogen werden muß.

Die letztere Bekanntmachung hat neben dem Stauerverein auch die Aufsichtskommission für den Arbeitsnachweis der Stauerbetriebe von Hamburg-Altona unterzeichnet.

Das überaus rüchloslose Verfahren der Stauer wird in Arbeiterkreisen lebhafteste Entrüstung hervorrufen, besonders da die Anordnung den getroffenen Vereinbarungen widerspricht. Vor allem hätte die Aenderung der Genehmigung des Senats bedurft, über die sich der Verein der Stauer einfach hinwegsetzt hat. Die Herren Unternehmer fühlten sich einsehend so im Vollgefühl ihrer Macht, daß sie glauben, den Arbeitern alles bieten zu können. Sie mögen den Bogen nicht allzu straff spannen!

Ausland.

Aus Graz wird berichtet: Im Köstlicher Kohlenrevier, in welchem 2000 Arbeiter beschäftigt sind, haben in sechs Werken die Bergarbeiter die Arbeit eingestellt. In zwei Werken wird weiter gearbeitet. Das Eisenwerk in Pöchling ruht infolge von Kohlenmangel.

Der Leiter des Ackerbauministeriums entsandte einen Ministerialrat in das Voitsberg-Köstlicher Ausbaurevier, um sich über die Veranlassung und Ziele der Arbeiterbewegung zu informieren und nach Möglichkeit auf die Ausgleichung der Streitigkeiten zwischen den Bergarbeitern und den Werksunternehmungen hinzuwirken.

Die Diamantfleischer in Antwerpen gelangen durch die Verhinderung einer Einfuhr der Edelsteine aus Südafrika in eine immer mißlichere Lage. Die Arbeitslosigkeit ist so groß, daß sich ein Hilfskomitee gebildet hat, an dessen Spitze der Bürgermeister steht, um wenigstens die größte Not abzuwenden.

Sociales.

Nach den Rechnungsergebnissen der Alters- und Invalidenversicherungs-Anstalten für 1898 bestanden am Schlusse des Jahres bei den 31 Versicherungs-Anstalten 201.081 Altersrenten mit einem Jahresbetrage von 15 1/4 Millionen Mark (ohne Reichsgeld) und 288.114 Invalidenrenten mit einem Jahresbetrage von 17,9 Millionen Mark. Bei den verschiedenen Kassenanstalten bestanden 4682 Altersrenten mit 456.000 M. und 16.008 Invalidenrenten mit 1,13 Mill. Mark. Der Vermögensbestand der Kassen belief sich auf 618 Mill. Mark. Die Gesamteinnahme der Versicherungsanstalten (mit Seentenen) betrug 109.396.902 M., die Verwaltungskosten betragen 7.165.674 M.

Die sächsische Invalidenversicherungs-Anstalt hat, wie gemeldet wird, angesichts des günstigen Vermögensstandes (78 Millionen Mark) einstimmig beschlossen, ihre Leistungen wesentlich zu erhöhen und zu erweitern. So sollen die Angehörigen der Versicherten, für die das Heilverfahren übernommen wurde, das Krankengeld bis zum vollen Betrage erhalten, bei besonderer Bedürftigkeit soll außer 100 Proz. Familienunterstützung noch eine außerordentliche Unterstützung gewährt werden, ferner den Angehörigen von Rentempfangern beim Tode der letzteren ein Sterbegeld in Höhe des vierten Teiles der Jahresrente. Der Ausschuss erklärt sich ferner für die Erhebung eines Genußgelds für Männer seitens der Versicherungsanstalt. Führt die günstige Finanzlage an, sollen auch die Leistungen noch mehr erweitert werden. Doch unterliegen die Beschlüsse der Genehmigung des Bundesrates.

Grauer Star bei Glasmachern. Die als grauer Star bezeichnete Leiden der Augenlinse wurde bisher nur bei Personen höheren Alters beobachtet. Nur Jückerkrank werden bisweilen auch in jüngeren Jahren davon befallen. Neuerdings ist diese Krankheit von einigen Ärzten auch bei Glasmachern häufig beobachtet worden. Zuerst wurde Dr. Meißner, wie er in den „Münchener Monatsblätter für Augenheilkunde“ berichtet, dadurch auf dieses Vorkommen des Stars aufmerksam, daß sich ihm in kurzer Zeit mehrere junge Leute vorstellten, die an Star litten und die alle Glasmacher waren. Dadurch aufmerksam gemacht untersuchte Meißner etwa 500 Glasmacher und fand bei sehr vielen derselben Erkrankungen an grauem Star, vom Anfangsstadium bis zur völligen Leiden der Linse. Dr. Probst, Augenarzt in Köln, hat aus gleicher Veranlassung sämtliche Arbeiter der Glashütte in Ehrenfeld bei Köln untersucht und konstatierte dabei, daß etwa ein Viertel sämtlicher Arbeiter eine mehr oder weniger vorgeschrittene Starbildung zeigten. Unter den Arbeitern von 40 Jahren an war sogar schon der dritte Teil mit dem Leiden befallen. Am häufigsten war die Erkrankung bei den Arbeitern, die die glühend flüssige Glasmasse aus den Schmelzöfen herausheben und den eigentlichen Glasmachern zu reichen. Da alle diese Arbeiter in ganz besonders hohem Grade der Einwirkung des grellsten Lichtes und der strahlenden Wärme ausgesetzt sind, — bei einer Untersuchung in der Hitze zeigte sich, daß die Augen bei der Arbeit von einer Hitze von 65 Grad Celsius getroffen werden, — so hat man wohl in diesen beiden Umständen die Ursache der Erkrankung zu suchen. Dies ist nicht zu bezweifeln, wenn auch der eigentliche pathologische Vorgang, ob die Erkrankung in einer Ausdehnung oder in einer Art Atrophie der Linse besteht, noch erst durch Untersuchungen festzustellen ist. Die Einwirkung erstreckt sich auch auf die Gesichtshaut der Betroffenen, besonders auf die bei der Arbeit dem Feuer zugekehrte linke Seite, die stark gerötet und rissig ist und oft Narben zeigt. Diese Hauterkrankung ist so stark und charakteristisch, daß man in Gegenden mit Glasindustrie daran mit Sicherheit sofort den Glasmacher erkennt. Auch tritt bei dem linken Auge die Erkrankung am ersten auf.

Zu grelle elektrische Beleuchtung beim Arbeiten hat sich auch in anderen Betrieben schon vielfach als nachteilig für die Augen erwiesen. In den „Münchener Mitteilungen“ für 1890 und 1896 wird ferner berichtet, daß in den Aufschichtbezirken Arnberg, Opperl und Frankfurt a. O. bei den Arbeitern, die mit dem elektrischen Schweißen nach dem Jarcnerschen Verfahren beschäftigt waren, sich Schädigungen der Augen und der Gesichtshaut gezeigt haben. Es ist allerdings nicht mitgeteilt, ob hier die Augenkrankung in einer einfachen Entzündung der Retina oder auch in Bildung von wickelförmigen Star bestand. Doch hat sich in diesen Fällen als ein wirksamer Schutz gegen die Erkrankungen das Tragen von rauchschwarzen Brillen bei der Arbeit und das Anbringen eines Rahmens, in dem sich eine blaue und zwei rote Glaslinsen hintereinander befinden, zwischen dem Gesicht und dem Arbeitsgegenstand erwiesen, indem nach Anwendung dieser Einrichtung weitere Erkrankungen nicht mehr vorkamen. Einige Leiter von Glashütten haben ebenfalls daraufhin ähnliche Schutzbrillen und Schutzbrillen angeschafft und durch deren Gebrauch Verminderung des Leids bemerkt. In einem wirksamen Schutz wäre es aber unbedingt nötig, daß deren Anwendung in allen Glashütten und ähnlichen Betrieben gesetzlich obligatorisch gemacht und daß namentlich die Arbeitszeit der so gefährdeten Arbeiter wesentlich verkürzt würde.

Sociale Rechtspflege.

Das Warten auf Material. Bierundbierzig Maurer verlangten im Klagenwege von dem Maurermeister Hiebholz je 75 Pf. für 144 Stunden, die sie während der Arbeitszeit auf Mörtele hatten warten müssen. Die Kammer III des Gewerbegerichts erließ die Forderung für begründet und verurteilte demgemäß den Beklagten.

Nicht ausgeglichene gegenseitige Beleidigungen. Die Bildhauerin W. geriet eines Tages mit ihrem Arbeitgeber Schachmann wegen der Arbeit in Streit. Schachmann behauptete, sie hätte zu viel Material verbraucht und drohte ihr deshalb einen Abzug an. Hierauf erklärte Frau W. ihrem Unternehmer, er wäre „überlandbelt“ mit 'n Torflahn“. Sch. nannte sie nunmehr ein „gemeines Weib“ und entließ sie. Frau W. verklagte ihn dann beim Gewerbegericht, sie wurde jedoch von der Kammer VI mit ihrem Entschädigungsanspruch abgewiesen, weil das Wort „überlandbelt“ eine grobe Beleidigung enthalte, die den Beklagten zu ihrer sofortigen Entlassung berechtige. Wenn auch der Beklagte sie beim Aussprechen der Entlassung ein gemeines Weib nannte, so könne doch nicht angenommen werden, daß die von ihr ausgestoßene Beleidigung dadurch kompensiert sei.

Gerichts-Beitrag.

Als Raubmörder durch auf einem Schiffe stellte sich eine Straftat anfanglich dar, welche gestern die zweite Strafkammer am Landgericht II verurteilte. Am 28. Juli v. J. erschien der Schiffseigner Karl Tschwitz, der mit seinem Fahrzeug in Spandau vor Anker lag, bei der dortigen Kriminalpolizei mit der Meldung, daß sein Bootsmann, der Schiffer Paul Grunert, in der vorangegangenen Nacht den Versuch gemacht habe, ihn mit einem Beile zu erschlagen. Er habe den Hieb mit der Hand aufgefangen, wovon diese ganz blau angelauten sei, doch habe er den Mörder niedergeworfen. Inzwischen habe ihm Grunert dabei seine Uhr gestohlen. Der Kriminalkommissar R. a. L. wurde mit den Recherchen beauftragt. Derselbe nahm zunächst eine Durchsuchung der Kajüte des beschuldigten Bootsmanns vor, fand aber die gesuchte Uhr nicht. Bei einer nochmaligen Durchsuchung der Kajüte, an welcher sich Tschwitz beteiligte, will dieser die Uhr in einem Pantoffel des Grunert gefunden haben, wenigstens brachte er die Uhr zum Vorschein. Die Untersuchung wurde zuerst auf verjüngten Raubmord geführt, sie schrumpfte aber allmählich soweit zusammen, daß nur Anklage wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges und wegen Diebstahls erhoben werden konnte. Der Angeklagte bestritt entschieden jede Schuld und gab an, er habe an dem Tage vorher mit Tschwitz Kohlen geladert und dabei hätten sie beide viel getrunken. Abends spät sei er auf das Schiff gekommen und habe sich nach seiner Kajüte begeben. Da er dort keine Streichhölzer fand, sei er in die Kajüte des Schiffseigners gegangen, um sich Streichhölzer zu holen, da sei dieser aber sofort aus dem Bett gesprungen und habe ihn niedergeschlagen. Der als Zeuge vernommene Schiffseigner machte eine Aussage, die sich mit seiner ursprünglichen Anzeige deckte, er machte aber keineswegs einen sonderlich vertrauenswerten Eindruck. Bezüglich des Diebstahls an der Uhr gewann der Gerichtshof die Überzeugung, daß derselbe fingiert sei. Die Verurteilung ergab das Bedenkliche, daß Grunert erst hätte an Tschwitz — der munter im Bett gelegen hatte — vorübergehen müssen, um zu der in Armesweite vom Festger entfernt hängenden Uhr zu gelangen. Außerdem mußte es auffallen, daß der Kriminalpolizeikommissar mit allem Scharfblick die Uhr nicht gefunden hatte, sondern der Besitzer dieselbe unerwartet zum Vorschein brachte. Bezüglich der Uhr erfolgte daher Freisprechung. Die Körperverletzung blieb aber bestehen, da bei dieser andere Zeugen nicht zugegen gewesen waren und der Schiffseigner seine Aussage mit einem Eid bekräftigte. Wegen der Körperverletzung lautete das Urteil auf neun Monate Gefängnis.

Bei den Abbrucharbeiten, welche im verflochtenen Sommer zwecks Verbreiterung der Ballstraße vorgenommen wurden, ereignete sich ein Unglücksfall, der gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I erörtert wurde. Der Kutsher Schulz, der den von den Kolonnaden nach dem Hofe zu führenden Zugang betrat, wurde von einem Balken, der von einem der abzureißenden Gebäude heruntergeworfen wurde, erschlagen. Die Schuld an diesem Unglücksfalle wurde dem mit den Abbrucharbeiten betrauten Maurerpolier Julius Schulz zugeschrieben. Das Hinterwerfen der Balken wurde an sich nicht als ein Verstoß betrachtet, vorausgesetzt, daß eine zuverlässige Person am Eingange zu der Arbeitsstelle aufgestellt war, die Leute von dem Betreten derselben abzuhalten hatte. Der Angeklagte hatte hierzu einen Mann benannt, der so wenig Intelligenz besaß, daß er auf die Bezeichnung „zuverlässig“ keinen Anspruch machen konnte. Durch die Vernehmung dieses Zeugen zeigte sich zwar, daß derselbe in hohem Grade beschränkt war, aber dem Angeklagten, der vom Rechtsanwalt Schwind verteidigt wurde, konnte nicht nachgewiesen werden, daß er selbst den Zeugen nicht für geeignet gehalten hatte, den wenig Intelligenz erforderlichen Posten als Aufseher zu besetzen. Es mußte deshalb auf Freisprechung erkannt werden.

Malscherei lag der Anklage wegen wissentlich falscher Anschuldigung zu Grunde, die gestern der Fahrrad-Dienstmann Franzke vor die erste Strafkammer des Landgerichts I führte. In der Verhandlung spielte wiederum der Stiefelputzer Klinge, jener bekannte betagte Mann, der am Bahnhof Friedrichstraße sein Gewerbe ausübt, eine Hauptrolle. Franzke und sein Kollege, der Fahrrad-Dienstmann Liesegang, waren viele Jahre hindurch Freunde gewesen, bis sie sich auf Grund gegenseitigen geschäftlichen Wettbewerbs entzweiten. Liesegang war dem Stiefelputzer Klinge eine größere Summe schuldig. Eines Tages erzählte Klinge dem Franzke, daß Liesegang in den letzten Monaten monatlich 75 M. von seiner Schuld abgetragen habe, obgleich nur eine Abtragung von 30 M. vereinbart sei. Dies könne nicht mit rechten Dingen zugehen. Er, Klinge, bringe diese plötzliche Wohlhabenheit des Liesegang mit dem unausgesehenen Verschwinden von dessen Schlafzimmern in Verbindung, der beträchtliche Mittel besessen haben sollte. Franzke richtete darauf an das Polizeipräsidium eine Anzeige, worin er den Liesegang ohne weiteres des Mordes beschuldigte. Man solle nur eine große Kiste, die im Keller der Liesegangischen Wohnung aufbewahrt werde, durchsuchen, wahrscheinlich werde man darin die Leiche des Ermordeten finden. Die Ermittlungen ergaben die völlige Haltlosigkeit dieser Behauptungen und Verdächtigungen. Der Angeklagte behauptete im Termin, daß er keine Veranlassung gehabt habe, den Mitteilungen des alten Klinge keinen Glauben zu schenken, er habe nur zur Anzeige gebracht, was dieser ihm mitgeteilt. Der Gerichtshof konnte sich auch nicht davon überzeugen, daß der Angeklagte wider besseres Wissen gehandelt und müsse deshalb ein freisprechendes Urteil ergehen.

Einem Kindergarten glich gestern vorübergehend der Sitzungsaal der IV. Strafkammer des Landgerichts I; etwa 20 kleine Mädchen im Alter von 3—7 Jahren drängten sich in dem so ersten Räume und brachten in denselben ein ungewöhnliches Leben, denn die begleitenden Mütter hatten alle Mühe, die vom langen Warten umgeduldet gewordenen Kleinen auf die Wichtigkeit ihrer Rolle, die sie hier zu spielen hatten, hinzuweisen. Die Kinder traten als Belastungszeugen gegen eine noch jugendliche Schwindlerin und Diebin, die Arbeiterin Eise Meyer, auf, die überführt wurde, in 20 Fällen in der dreifachen Weise den kleinen Kindern, die von ihren Eltern zu kleinen Einkäufen ausgeschickt waren, die Gelder abgeschwindelt, ihnen auch bei passender Gelegenheit die Ohringe ausgehakt zu haben. Sie wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Wer gehört auf die Anklagebank? Aus Halle a. S. berichtet man uns: Die 23- bis 24-jährigen Kandidaten der Rechtswissenschaft Wenzig und Ring hatten sich am Abend des Palmsonntags v. J. im Restaurant „Bratwurstdöle“ mehreren Damen und Herren gegenüber in so provozierender Weise benommen, daß

der Wirt einschreiten mußte. Als dieser die beiden Rechtskandidaten, um sie herauszubringen, durch das Zimmer führte, bekam er von Ring einen Schlag auf den Kopf, worauf ca. 20 bis 30 Gäste herbeisprangen und die Störenfriede nach einer wohlverdienten Tracht Prügel „ohne Jubilation mildernder Umstände“ an die frische Luft beförderten. Aus Aerger darüber hatten sie gegen den Wirt Ruhe und dessen Bußfertigkeit Anzeige wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung erstattet. Das Schöffengericht konnte sich aber dieser Begriffsverwässerung nicht annehmen und erkannte antragsgemäß auf Freisprechung, mit dem Hinweis, daß die Angeklagten nur von ihrem Handrecht Gebrauch gemacht haben.

Vom Kriegsjahrlauf

liegt heute an wichtigeren Nachrichten nur die Mitteilung vor, daß die Engländer sich ihres Erfolges bei Colesberg noch nicht 24 Stunden haben freuen können, da die Boeren die Stadt schon wieder besetzt haben. Man telegraphiert aus London vom Mittwoch, den 3. Januar:

Wie die Morgenblätter aus Rensburg melden, hat sich gestern früh die Lage bei Colesberg in unerwarteter Weise geändert. Man entdeckte, daß die Boeren während der Nacht zurückgekommen waren und die Stellungen wieder besetzt hatten, von welchen sie am Tage zuvor durch General French vertrieben worden waren. Es fand ein planloses Feuer statt. Zweifellos sind die Boeren seit dem 1. Januar bedeutend verstärkt worden.

Die Engländer hoffen jedoch das Beste und die „Times“ veröffentlicht in ihrer Mittwoch-Nummer ein Telegramm aus Raamvoort vom 2. Januar, in dem es heißt: Die britischen Truppen halten noch immer den Hügel besetzt, welcher Colesberg, die Brücke über den Fluß und die Landstraße beherrscht. Nachdem General French den rechten Flügel des Feindes umgangen hat und seine Truppen durch Infanterie verstärkt worden sind, sieht zu erwarten, daß Colesberg bald von den britischen Truppen besetzt werden wird.

Außerdem verzeichnen wir noch die folgenden vom Kriegsjahrlauf vorliegenden Meldungen:

Douglas, 2. Januar. Die feindliche Abteilung, die von dem britischen Oberst Fisher geschlagen wurde, bestand hauptsächlich aus abgefallenen britischen Staatsangehörigen. Der Landdrost ergriff gestern abend mit den britischen Aufständischen die Flucht, die übrigen, nicht britischen Rebellen sollen sich, wie es heißt, in der Nähe der Stadt verschanzt haben. Die Einwohner der Stadt, die tren geblieben waren, hielten den Union Jack vor der Ankunft der britischen Truppenabteilung und rissen die Freisatzen-Flagge herunter. Die Truppen wurden mit großer Begeisterung empfangen, besonders als bekannt wurde, daß die zum Entlassung heranziehenden Streitkräfte aus australischen und kanadischen Truppen bestanden.

Modder River, 2. Januar. Gestern verließ eine britische Aufklärungsabteilung unter General Wabington das Lager; das Borgehen fand in Verbindung mit dem Vorstoß des Obersten Fisher von Belmont aus, der zur Wagnahme des Boerenlagers und Gefangenahme von 40 Boeren führte. Wabingtons Mannschaften gingen in derselben Richtung vor, aber nordwärts des Reisflusses; über das Ergebnis dieses Marsches liegt noch keine Meldung vor.

Englische Rüstungen.

Nach englischen Berechnungen wird, wenn alles zur Stelle ist, General Roberts über 40.000 Mann britische Truppen verfügen: nämlich 10.000 Reguläre, 10.000 Yeomanry, 8.000 britische Infanterie, 3.000 Kanadier, Australier und Neuseeländer, 2.000, die sich jetzt in Mafeking und Rhodesia befinden, 2.000 in Natal ausgehobene und 7.000 in der Kapkolonie ausgehobene. Die Zahl für Mafeking ist jedoch sehr unsicher, da Mafeking Zeichen von Schwäche giebt und zu kapitulieren gezwungen werden dürfte, während die Begeisterung der Kap-Engländer, nach der Front zu gehen, nicht viel das Niveau von 3.000 Mann übersteigen wird.

„Daily Mail“ erzählt, die der Landesverteidigungs-Kommission angehörenden Kabinettsmitglieder hätten sich für eine Kreditforderung von mehr als fünf Millionen Pfund Sterling zur Beschaffung neuer Geschütze entschieden.

Friedensvorschlüge.

In den Vereinigten Staaten gewinnt die Betörung zu Gunsten einer schiedsrichterlichen Beendigung des Krieges zwischen England und den zwei Boerenrepubliken noch an Ausdehnung und Stärke. Zahlreiche Versammlungen werden gehalten und Resolutionsentwürfe unterzeichnet, zu dem Zweck, den Präsidenten Mac Kinley aufzufordern, daß er die Vermittelung der Vereinigten Staaten den kriegführenden Teilen anbiete.

Da die transatlantische Republik auf freundschaftlichem Fuße mit England steht und zugleich für die Boeren lebhafteste Sympathien hat, so ist sie zur Vermittlerrolle unter allen neutralen Staaten wohl am besten berufen. Es ist freilich sehr unwahrscheinlich, daß die englische Regierung im jetzigen Stadium der Kriegführung den moralischen Mut haben wird — wie seiner Zeit der alte Gladstone ihn hatte — irgend eine Vermittlung anzunehmen.

Letzte Meldungen.

London, 3. Januar. Amlich wird mitgeteilt: General Frenchs Lage ist unverändert. Er manövriert noch und glaubt, daß er mit geringen Verstärkungen den Feind aus Colesberg vertreiben könnte.

Ferner wird amlich mitgeteilt, daß General Methuens Kavalleriebrigade unter General Wabington mit dem Obersten Fisher bei Douglas in Uebereinstimmung handle und die Boerens-Drift überwache.

London, 3. Januar. (B. Z. B.) Ueber den Zwischenfall, der den nach Colesberg gerateten Eisenbahnzug betraf, wird dem Renteschen Bureau aus Raamvoort von heute gemeldet: Auf der Bahnlinie ereignete sich ein unglücklicher Zufall. Sechszwanzig mit Lebensmitteln beladene Güterwagen, die im Bahnhofe Rensburg standen, gerieten bergab in der Richtung auf Colesberg ins Rollen. Bei der zerstörten Bahnüberführung zwischen Rensburg und Colesberg zerfielen die Wagen, worauf der Feind die Ladung zu plündern begann. Daraufhin wurde aus Rensburg ein Zug mit einer Kompanie des Suffol-Regiments und einer Anzahl Kap-Eingeborener abgefahren, um die Rettung der Vorräte zu versuchen. Der Feind eröffnete auf die Suffolls von Wandervalds-Fontein aus Feuer mit einem Geschütz und zwang sie, in einem Wasserlauf Schutz zu nehmen. Danach richteten die Boeren ihr Feuer auf die beiden Züge und töteten mehrere Eingeborene. Im ganzen feuerten sie 20 Geschütze ab. Schließlich kehrte der Entsatzzug nach Rensburg zurück. Die Verluste auf englischer Seite sind nicht bekannt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vengensfeld (Wogland), 3. Januar. (B. H.) Heute mittag wurden drei Mädchen im Alter von ca. 20 Jahren und gut gekleidet im Götzschluffe erschossen aufgefunden. In der Tasche der einen Leiche fand man 150 M. bares Geld. Ein Revolver lag bei den Erschossenen, welche heute früh 5 Uhr mit dem Zuge von Jwoikau angekommen waren. Die Mädchen haben offenbar Selbstmord begangen.

Leimberg, 3. Januar. (B. H.) Die Hörsin der Lemberger Universität, Prälater Zeit, wurde an der Grenze von russischer Gendarmerie wegen Verbreitung politischer Schriften verhaftet und in das Gefängnis zu Lublin eingeliefert.

Paris, 3. Januar. (B. Z. B.) Der Staatsgerichtshof billigte Guérin mildernde Umstände zu. Der Schuldspruch lautete auf schuldig des Komplotts und der Beleidigung von Polizeibeamten. Die Schuldfrage wegen Mordversuchs wurde verneint. Nächste Sitzung morgen.

Ein Reherprozeß.

Wegen Beschimpfung von Einrichtungen und Gebräuchen der katholischen Kirche hatte sich gegen den Schriftsteller Siegmund Rehering vor dem vierten Strafsammer des Landgerichts I. unter Vorsitz des Landgerichtsrats Ploßner zu verantworten. Unter Anklage gestellt war ein in Nr. 37 des „M.“ vom 15. September v. J. veröffentlichtes Gedicht unter der Ueberschrift: „Die feige That in Rennes.“ Das Gedicht gliedert das Urteil des Militärgerichts von Rennes, an welchem es in mehreren Strophen scharfe Kritik übt. Es wird darin geschildert und beklagt, daß das sonst so stolze Frankreich sich durch dieses Urteil selbst in bedauerlicher Weise degradirt habe. In dazwischen geschobenen kürzeren Strophen wird das geistige Niveau der Bewohner von Rennes und die Behandlung ihrer Heiligthümer in der Weise, Beichte, im Kreuzzeichen etc. und der Einfluß der Jesuiten gezeichnet. Das Gedicht hat in katholischen Blättern lebhafteste Denunziationen angeregt, namentlich richtete sich diese gegen zwei Strophen, die sich auf die Leute, die in Rennes zur Messe gehen und auf die Bauern bezogen, die ihr Kreuz vor Christ und seinen Jüngern machen. Eine Strafanzeige hatte ursprünglich keinen Erfolg bei dem Staatsanwalt, schließlich wurde aber die Strafverfolgung angeordnet. — Der Angeklagte, der Dissident ist, bestritt entschieden, die Absicht zu haben, die katholische Kirche und ihre Einrichtungen zu verunglimpfen. Das Gedicht sei unter dem aufregenden Eindruck des Urteils von Rennes entstanden und sein Hauptgedanke sei zunächst das Mitleid mit Frankreich gewesen, das durch jenes Urteil in der ganzen Welt an Ansehen eingebüßt habe. Um zu erklären, wie ein solches Urteil nur möglich war, habe er das Mitleid schildern wollen, in welchem sich der Prozeß abspielte. Es sei bekannt, daß gerade in der Verdrängung des Protestantismus und der katholischen Kirche die heftigsten Kämpfe stattfanden, daß er mit seinem Gedicht nur die Gesellschaft zu Rennes, nicht aber die katholische Kirche habe treffen wollen. Er habe nur kennzeichnen wollen, welche Sorte von Menschen dort wohne, wie allerdings die Jesuiten ihren Einfluß dort geltend machen, und wenn er erwähnte, wie ein General, der jedoch vor Gericht eine Lüge bekundet habe, äußerlich fromm zur Beichte gehe, so habe er nur den General treffen wollen, nicht aber die Beichte.

Staatsanwalt Kowen erachtete eine Beschimpfung von Einrichtungen der katholischen Kirche für vorliegend. Unter Beschimpfung im Sinne des § 166 sei nicht nur immer eine besonders rohe und grobe Beleidigung zu verstehen, sondern es reiche nach einem vorliegenden Reichsgerichts-Erkenntnis ein stärkerer Grad der Ächtungsbeleidigung aus. Er behauptete, daß der Angeklagte in seinem „Schandgedicht“ mit Absicht und Ueberlegung seine Giftspitze gegen die katholische Kirche gerichtet habe und diese habe treffen wollen. Nicht bloß die Angehörigen des katholischen und des evangelischen Christentums, sondern auch Juden hätten über dieses Gedicht die Köpfe geschüttelt. Der Angeklagte habe die Absicht gehabt, durch sein „Schandgedicht“ nicht nur die katholische Kirche als solche zu verunglimpfen, sondern die Messe und die Beichte, das Kreuzzeichen, das Priestertum, das Priestergewand und den Jesuitenorden in beschimpfender Weise zu treffen und mit Spott zu besudeln. Mit Gewalt habe er die katholische Kirche für einen Akt, der als feige bezeichnet werde, verantwortlich gemacht und die ganze herbe Kritik, die gegen das Urteil von Rennes geltend gemacht wurde, solle auf die katholische Kirche in Anwendung gebracht werden. In anherberauschender und mit Ausscheiden des Unwillens reich ausgestatteter Ausführung suchte der Staatsanwalt den Nachweis zu führen, daß in dem Gedichte die heiligsten Einrichtungen der katholischen Kirche zum Gegenstand niederen Spottes und bodenloser Verächtlichmachung gemacht seien und dabei mit voller Absicht vorgegangen sei. Nach der Auffassung des Staatsanwalts wollte der Angeklagte durch sein Gedicht zum Ausdruck bringen, daß nur Lumpen, verlogene Staatsanwälte und Kaitreffen zur Messe gehen, er bringe in christlicher Weise das Zeichen des heiligen Kreuzes in unmittelbare Verbindung mit einem schmierigen Bauer, der dieselben Finger, mit denen er das Kreuzzeichen mache, in seine schlammige Nase stecke. Auch die Jesuiten, auf welche der Angeklagte verheerende Angriffe gerichtet habe, seien eine kirchliche Einrichtung im Sinne des Gesetzes, obgleich sie zur Zeit aus Deutschland verbannt seien; Es handle sich hier nicht um die deutsche katholische Kirche, sondern um die katholische Kirche an sich. Wenn der Angeklagte es in dem Gedichte so darstellte, daß man in der katholischen Kirche durch die Beichte leichtfertig seine Sünde los werden könne, so sei das eine Beschimpfung des von Jesus Christus eingeleiteten Sakraments der Beichte. Das Gedicht habe in der ganzen christlichen Welt Ansehen und Empörung hervorgerufen und mit Rücksicht hierauf, ferner mit Rücksicht auf die weite Verbreitung des „M.“ und auf die Thatfache, daß eine ganze Reihe von Beschimpfungen von Kardinal-Einrichtungen der katholischen Kirche vorliegen, beantragte er sechs Monate Gefängnis.

Justizrat Träger führte dagegen aus, daß — ganz abgesehen von der Frage des Gedichtes — selbst bei feinsten religiösen Gefühlen und der größten Hochachtung vor der katholischen Kirche man nicht zu der Ueberzeugung kommen könne, daß sich der Angeklagte strafbar gemacht habe. Der Staatsanwalt befände sich in einem grandiosen Irrtum über die Bedeutung des Gedichts. Das letztere bestände aus zwei Theilen, aus längeren und dazwischen geschobenen kürzeren Strophen. In den längeren werde das Schicksal Frankreichs beklagt, das sich durch das Urteil von Rennes auf eine so niedrige Stufe herabgedrückt habe, die dazwischen geschobenen kleineren Strophen sollen nur Stimmungsbilder aus Rennes geben, sie seien absolut lokal bestimmt, beziehen sich nur auf die speziellen Verhältnisse von Rennes und es sei auch nicht der geringste Anhalt dafür, daß die katholische Kirche als solche für das als „feige“ charakterisierte Urteil verantwortlich gemacht werden solle. Gerade wegen dieser lokalen Beschränkung habe der Staatsanwalt zunächst die erste Strafanzeige zurückgewiesen. Gerade die am meisten angefeindete Strophe des Gedichts habe keineswegs eine Verpöschung des Kreuzzeichens bezweckt, sondern wolle nur die Stumpfheit jener britannischen Bauern kennzeichnen. Ebenso solle nicht die Beichte getroffen werden, sondern der General, der unter dem Deckmantel der Beichte seine Thaten gegen Dreyfus aufgeführt habe. Der Verteidiger suchte an der Hand der einzelnen Strophen darzutun, daß man dem Gedicht Gewalt anzuhun müsse, wenn man zu der Auffassung des Staatsanwalts kommen wolle. Die Empörung einzelner Köpfe für den Gerichtshof nicht maßgebend sein, denn niemand könne wissen, ob dieser Empörung liberal religiöse Momente zu Grunde liegen. Man habe den religiösen Einrichtungen keinen großen Glauben, wenn man überall gleich Beschimpfungen derselben wittere. Ohne zu erwägen, ob der Angeklagte nicht seine Gedanken geschmackvoller hätte ausdrücken können, beantragte er dessen Freisprechung.

Rechtsanwalt Moske schloß sich diesen Ausführungen durchaus an und ergänzte sie noch in einigen Punkten. Er bestritt, daß die Jesuiten eine Einrichtung der katholischen Kirche seien, verlor einige Anmerkungen Luthers über Messe und Beichte und führte aus, daß der Inhalt des Gedichts nicht in die strafrechtlichen Grenzen hineinpaße, welche das Reichsgericht im 27. Bande hinsichtlich der Anwendbarkeit des § 166 des St.-G.-B. gezogen habe. Das Gedicht habe nur zeigen wollen, daß trotz der Lehren und Einrichtungen der katholischen Kirche das Urteil von Rennes in die Erscheinung habe treten können.

Der Gerichtshof kam im wesentlichen im Anschluß an die Ausführungen des Staatsanwalts zu der Ansicht, daß der Angeklagte mit Absicht und Verwünschung die katholische Kirche für das Urteil in Rennes habe verantwortlich machen wollen und Messe, Beichte,

Kreuzzeichen, Priestertum und Jesuitenorden in roher Weise beschimpft habe. Der Gerichtshof erkannte auf sechs Monate Gefängnis sowie Unbrauchbarmachung der Platten und Formen.

Kommunales.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung hat sich neu konstituiert. Sie hat den Genossen Singer zum Vorsitzenden, Borgmann zum stellvertretenden Vorsitzenden und Kaffner und Brunö zum Schriftführer gewählt. Die Sitzungen der Fraktion finden Dienstags, abends 8 Uhr, im Rathause statt.

Im Anschluß an diese Mitteilung bittet die Fraktion die Parteigenossen, die sozialdemokratischen Stadtverordneten für den Dienstag nicht mit Versammlungsvorlesungen etc. zu beauftragen. Ein solcher Verzicht ist um so notwendiger, als Dienstags auch die Ausschusssitzungen stattfinden, denen unsere Genossen, soweit sie den Ausschüssen angehören, gleichfalls beizuwohnen haben.

Auf die Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am heutigen Donnerstag sind u. a. folgende Gegenstände gestellt: Einführung der wieder- bzw. neuergewählten Mitglieder der Versammlung; Wahl des Vorstehers und des Vorsitzenden Stellvertreter; Wahl von drei Beisitzern und drei Stellvertretern derselben. — Beschlußfassung darüber, an welchem Tage und zu welcher Stunde die ordentlichen Sitzungen der Versammlung im Jahre 1900 stattfinden sollen. — Beschlußfassung über die Renovation der Ausschüsse für die Wahl der unbesoldeten Gemeindebeamten, des Ausschusses zur Begutachtung der Vorlagen wegen Anstellung beziehungsweise Pensionierung besoldeter Gemeindebeamten und Lehrer und des Ausschusses für Petitionen. — Beschlußfassung über die etwa sonst noch zu wählenden ständigen Ausschüsse: Ausschuss für Rechnungssachen und Ausschuss zur Vorprüfung der Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen. — Berichterstattung über die Vorlagen betreffend den Vorentwurf zum Erweiterungsbau des Friedrich-Wilhelm-Hospitals in der Balliadenstraße 37 und die Einstellung der Erhebung der Gemeindefinanzsteuer nach dem Steuerjahre von 4 M., die Einnahmen von mehr als 600 M. bis einhalb 600 M. umfasser, vom 1. April 1900 ab. — Vereinbarung mit den Vororten zwecks gemeinsamer Feststellung etc. bei der am 1. Dezember 1900 stattfindenden Volksabstimmung und die verhängte Erhöhung der Kurz- und Verpflegungskosten in den städtischen Anstalten. — Wahl der Stadtverordneten Comand, Kallmann, Perzig, Jacobi, George und Kosenow zu kommunal-Landtags-Abgeordneten bzw. Stellvertretern. — Die Ferien der höheren Lehranstalten im Jahre 1900 etc., elf Rechnungen. — Vorlagen, betreffend den Ablass der Wahlzeit eines Bürger-Deputierten bei der Steuer-Deputation.

Der städtischen Schuldeputation lagen in ihrer heutigen, unter Vorsitz des Stadtschulrats Dr. Vertram stattgehabten Sitzung zwei Gesuche um Erichtung von höheren Mädchenschulen vor. Das eine Gesuch geht von dem Hausbesitzer Verein Säden aus, welcher die Erichtung einer solchen Anstalt in der Tempelhofer Vorstadt anstrebt, während das zweite Gesuch die Erichtung einer höheren Mädchenschule auf dem Gumbdrummen bezweckt. In ersterem Falle soll nach Beschluß der Deputation zunächst Erhebung angefordert werden über ein vorliegendes Bedürfnis, während im anderen Falle die Deputation bei den städtischen Behörden die Berücksichtigung befragen will. — Eine Petition der Schuldeputierten an den Gemeindevorstand um Gleichstellung in den Gehaltsverhältnissen mit den Schuldeputierten an den höheren Schulen wurde bedauerlicherweise abgelehnt. — Ein Antrag auf Erichtung eines Unterrichts für Stotternde wurde einer Kommission zur Vorprüfung überwiesen.

Lokales.

Zur Lokalliste. Die Mitglieder der Lokalkommission von Berlin, insbesondere aber die der Umgegend, werden aufgefordert, Vorschläge oder Neuaufnahmen zur Lokalliste bis spätestens 18. Januar bei Karl Scholz, Berlin SO., Wranckelstraße 110, anzukommen, da am 20. d. Mts. die neue Lokalliste erscheint. Spätere Einreichungen können nicht berücksichtigt werden. Es wird besonders gebeten, Namen und Adressen in deutlicher Schrift anzugeben.

Am Freitag, den 5. Januar, veranstaltet die Firma Berliner Straßenbahngesellschaft früher Siemens u. Halske (Betriebsbahnhof Treptow) ein Weihnachtsfest und zwar in den Concordia-Festsaal, Andreaskirchof, Inhaber Saeger. Wie den Arbeitern und Angestellten dieser Gesellschaft bekannt ist, steht genantetes Lokal den Arbeitern zu Versammlungen nicht zur Verfügung.

Heber die Briefförderung während der Feiertage, namentlich während der Jahreswende wird vielfach Klage geführt. In gewisse Unregelmäßigkeit in dieser Zeit ist man gewöhnt, und in Betracht der Verhältnisse nimmt man auch manches gern hin, was sonst zu berechtigten Beschwerden Anlaß geben würde. Allein diesmal sind die Verzögerungen zahlreicher gewesen als sonst. Freilich, es war auch der Briefverkehr größer, indes darauf mußte man bei der steigenden Progression des Briefverkehrs gefaßt sein. Es scheint, daß die oberste Postleitung einestheils nicht die nötige Vorsicht geübt, andernteils übertriebene Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Postbeamten gestellt hat. Wenigstens klagen die Beamten, daß ihnen in diesem Jahre mehr Arbeit zugemutet worden sei, und daß die Postverwaltung weniger Hilfskräfte verwendet habe, als in früheren Jahren. Das wäre allerdings wieder einmal eine Preis des leidigen „Sparhuns“, gegen die wir aus nachdrücklichste protestieren müssen. Unsere Postbeamten haben wahrhaftig im Laufe ihres Berufs fleißig zu arbeiten, sehr fleißig — und sie thun es unverdrossen. Abzudern soll man sie aber nicht. Das ist weder „christlich“ noch klug. Auch wir sind für Sparpolitik! — das Material aber, das vor allem gespart und gespart werden muß, sind die Menschen. Menschkraft verengen, um Geld zu sparen, das ist die schlechteste und verkehrteste „Sparpolitik“.

Der diesjährige Neujahrs-Briefverkehr hat nach der von der Ober-Postdirektion angefertigten Uebersicht in Berlin ein Mehr von nahezu 25 Proz. gegen 1898/99 ergeben. Besonders groß war die Zunahme in den Außenbezirken und den Vororten. Insgesamt wurden in der Zeit vom 30. Dezember, mittags 12 Uhr, bis zum 1. Januar, abends 11 Uhr, 3 224 928 Stadtbriefe aufgegeben, im letzten Jahr 4 201 228, also diesmal 1 023 754 Stück oder genau 24,4 Prozent mehr. Weil der Silvester ein Sonntag war, machte sich der Zuwachs besonders geltend in der Zeit von Sonnabend 12 Uhr mittags bis Sonntag 5 Uhr früh. Diese 17 Stunden ergaben eine Auflieferung von 899 489 Stadtbriefen oder 332 884 mehr als 1898/99. Von der Gesamtanlieferung entfielen in diesem Jahre 2 775 340 Stück auf Briefe und Postkarten, 2 449 642 auf Drucksachen und Warenproben. Gegen das letzte Jahr bedeutet dies eine große Verschiebung zu Gunsten der Briefe und Postkarten gegen die Drucksachen. Im Vorjahre war die Zahl beider Gattungen von Briefpostsendungen fast dieselbe. Diesmal haben die Briefe und Karten um 654 627 Stück, die Drucksachen dagegen nur um 369 127 Stück zugenommen. Der Zuwachs fällt jedenfalls auf Rechnung der Karten, der amtlichen Karten für 1900 sowohl als der Ansichtspostkarten. — Die Paketfahrt-Gesellschaft be-

förderte am 31. Dezember und 1. Januar 1 1/4 Millionen Briefe und Drucksachen. Bis zum 1. Januar abends waren die Familien bis mittags eingelaufenen Briefschaften bearbeitet und den Adressaten zugestellt worden. Die am Nachmittage des 1. Januar aufgegebenen Briefe wurden erst Dienstag besorgt.

Die neuen Reichspostmarken zu 80 Pf. und 30 Pf., welche mit dem Beginn des Jahres eingeführt sind, haben den einen unangenehmen Fehler, daß sie in der Farbe einander zum Verwechseln ähnlich sehen. Das Rot der Marken zu 80 Pf. ist nur um eine ganz geringe Abtönung dunkler als das der zu 30 Pf. Die Marken in Betracht, daß die Zahlen 8 und 3 einander recht ähnlich sind, so sind Verwechslungen und damit recht schwere Schädigungen des Publikums anherberauschentlich leicht möglich. Denn die Reichspost nimmt bekanntlich zum Unterschiede von Privatpersonen das juristisch ungeheuerliche Recht für sich in Anspruch, zuviel gezahlte Portobeträge nicht wieder herauszugeben zu brauchen.

Wegen Handels mit der Jahrhundert-Postkarte sollen, wie der „Berl. Hg.“ mitgeteilt wird, mehrere Briefträger entlassen worden sein. Den Postbeamten ist es bekanntlich verboten, Wertzeichen, die sie bei sich führen, zu fernerem Preise an das Publikum zu verlaufen, als die Wertbezeichnung angeht. In einem der Fälle ließ sich in einem Barbierladen in Köpenick ein Briefträger für eine Jahrhundert-Postkarte 20 Pf. geben. Zufällig war aber in dem Laden ein Geheimpolizist anwesend, der sofort auf den Postbeamten zuschritt und Name, Wohnung und Amt feststellte, um alsdann die Angelegenheit zur Meldung zu bringen. Öffentlich konnten die Beamten mit einer gelindesten Strafe, als der Entlassung, davon.

Nationale Blätter, die natürlich monarchisch bis in die Knochen sind, ergeben sich zur Zeit über die feinsten Grobmutter des deutschen Kaisers in allerhand Scherzen. Ein Ableger der „Deutschen Tageszeitung“, das „Deutsche Blatt“, wartet mit folgendem Witz auf: „Schon kurz vorm Silvesterbumme war die Nachricht aus London — aber Aalen — zu uns gedrungen, daß Queen Victoria von einem heftigen Unwohlsein ergriffen worden sei; sie habe Bulletin im Magen. Leider müssen wir unsern Lesern heute mitteilen, daß Königin Victoria immer noch nicht von diesem Leiden befreit ist, trotzdem sie sich seit Wochen beständig auf der Retirade befindet.“

Auch das Papier wird teurer. Die Fabrikanten von Zellstoff-Feidenpapier, von Druck- und Kopierpapier, ebenso die Erzeuger von Papierwaren, insbesondere Düten und Venteln, haben sich dahin geeinigt, eine zehnprozentige Preiserhöhung einzutreten zu lassen. Der Anlaß wird mit dem fortwährenden Steigen der Rohmaterialien- und Kohlenpreise, der Arbeitslöhne usw. begründet. Mit den Papierhändlern sollen Vereinbarungen getroffen werden, welche auch sie für die Preiserhöhung interessieren und ihnen eine entsprechende Entschädigung gewähren.

Kaufhölzchen. Ein Viskolenduell hat zwischen Bekanntheiten und Neujahr im Grunewald stattgefunden. Es fanden sich ein Jurist und ein Dr. W. gegenüber. Dr. W. ist früher, als er noch Student war, in den Zeitungen schon einmal genannt worden. Von jüdischer Abstammung, gehört er der evangelischen Kirche an und spielt sich gern als Antisemiten auf. Bei einer solchen Gelegenheit kam es in einer Gastwirtschaft zu einem Austritt, der zu dem Zweikampf führte. Einem Juristen gefiel das Auftreten Dr. Ws nicht und er erinnerte ihn nicht gerade in den höflichsten Formen an seine Abstammung. Dr. W. ohrfeigte seinen Gegner und wurde daraufhin von diesem auf Pistolen geordert. Die Forderung wurde unter schweren Bedingungen im Grunewald ausgefordert. Der Jurist erhielt einen Schuß durch ein Bein und mußte in eine Privatklinik gebracht werden.

Die Mörderin der Witwe Fielich zu Alt-Buchhorst, die 16 jährige Dienstmagd Anna Schröter, soll nach einer Zeitungsmeldung vor einigen Tagen zur Beobachtung auf ihren Geisteszustand der Charité überwiesen worden sein. Diese Nachricht ist irrig. Eine derartige Ueberweisung wird der Charité stets einige Zeit vorher angekündigt. Aber auch eine solche Mitteilung ist der Anstalt bezüglich der Schröter nicht zugegangen.

Umsangreiche Schwindereien hat ein junger Mann verübt, der unter verschiedenen Namen auftritt. Vor einiger Zeit tauchte er in Breslau auf, nannte sich Decin und gab vor, aus Paris zu kommen. Er machte allerlei Vermittlungsgeschäfte für die Pariser Weltanstellung, und bot namentlich auch Teilschwandereien für billige Gesellschaftsdirekten an. Den Leuten, die auf dieses Anerbieten eingingen, nahm er Anzahlungen ab und gab ihnen dafür wertlose Papiere. Nachdem er dann noch einige Hotelbesitzer und Gastwirte geprellt hatte, verschwand er. Als damals die Breslauer Zeitungen über diese Schwindereien berichteten, glaubte man in einem heiligen Hotel in der Friedrichstraße in einem Gaste, der sich Alex Mailard nannte, den angeblichen Decin zu erkennen. Ein Breslauer Gastwirt beschäftigte noch diesen Verdacht und es mußte auch auffallen, daß gerade in der Zeit, als in Breslau die Schwindereien verübt wurden, Herr Mailard nicht in Berlin gewesen war. Der junge Mann, seiner Behauptung nach ein Jurist aus Paris, trat aber so sicher auf, daß man es nicht wagte, ihn der Polizei als verdächtig anzuzeigen. Mailard hielt sich, so erzählte er, in Berlin längere Zeit auf, um eine Erbschaft, die er kürzlich angetreten hatte, zu verkaufen. Nebenbei bot er auch Geschäftsleuten seine Vermittlung für die Weltanstellung an. Von dem Gelde, das er sich für Korrespondenzen etc. im voraus geben ließ, lebte er einen guten Tag. Vor einigen Tagen aber verschwand Herr Mailard ebenso aus Berlin, wie Herr Decin aus Breslau verschwunden war, nachdem er den Hotelbesitzer und seinen Oberkellner ziemlich hart angepöppelt hatte. Als man sich an seinem Gepäc schadlos halten wollte, entdeckte man, daß der zurückgelassene Koffer leer war. Der Gast hatte alle seine Habgüter unter einem großen Mantel, den der Berliner Volkswind wohl Dalesmantel nennt, hässlich fortgeschleppt. Erst jetzt dachte der Wirt wieder an den Breslauer Schwindler und machte Anzeige.

Eine große Schan- und Ausstellungshalle soll im Zoologischen Garten errichtet werden. Die Halle ist auf 6000 bis 7200 Sitzplätze berechnet und soll zu Gartenausstellungen, Sportfesten und Wohlthätigkeits-Bazaren dienen. Die Kosten des Baues sind auf etwa 900 000 M. veranschlagt.

Ein frecher Straßenraub ist, wie erst nachträglich bekannt wird, in der Neujahrsnacht in der Landenstraße verübt worden. Die Briefträgerwitwe Wittmann aus der Wehlungerstr. 15 beschufte mit einem Bekannten das Schorbrän in der Friedrichstraße. Auf dem Heimwege wurden die Frau und ihr Begleiter von etwa 20 jungen Burken gegen 1/2 Uhr morgens in der Friedrichstraße arg belästigt. Sie bogens deshalb in die weniger belebte Landenstraße ein, erreichten aber damit nur das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigten hatten. Die Burken folgten ihnen und setzten ihnen in der stillen Straße erst recht zu. In der Nähe der Plauerstraße schlug einer der Verfolger dem Begleiter mit einem scharfen Werkzeug eine große Wunde in den Kopf, während andere Jean Wittmann von ihm wegriß und sich bemühten, ihr mit Gewalt die Ringe von den Fingern zu streifen. Die Ueberfallenen saßen in eine Gastwirtschaft und die Stolbe entkamen. Frau Wittmann konnte stundenlang ihre rechte Hand nicht bewegen.

Zwei Selbstmorde durch Vergiftung werden von gestern gemeldet. In einem Hotel der Friedrichstraße vergiftete sich ein Referendar W. aus Charlottenburg. Der junge Mann verlor vor einiger Zeit nach kurzer Ehe seine Frau, die ihm durch einen Herzschlag plötzlich entrisen wurde. Er zog wieder zu seinen Eltern,

tonie aber seinen jähen Verlust nicht verwinden. Am Neujahrstage ging er von Hause weg, ohne ein bestimmtes Ziel anzugeben. Abends setzte er in ein Hotel ein, gestern Abend fand man ihn hier als Leiche in seinem Zimmer liegen. Er hatte sich mit Chloroform vergiftet. In seiner Wohnung in der Vestingstraße nahm der 33 Jahre alte Apotheker Franz A. Gist. Dieser bewohnte dort seit drei Jahren ein möbliertes Zimmer. Er litt schon lange an Schwermut und war ohne Beschäftigung. In einem heftigen Anfälle seines Leidens machte er seinem Leben ein Ende.

Die erste Mitteilung über das Erscheinen unseres historischen Wandkalenders befindet sich in der Stimmischen „Post“. Das Schachmattblatt demüthigt: „Eine Belehrung“ bietet der Kalender durch Velenkung der Absichte der Dinge, die da sie unter absichtlicher Verzerung geschieht, geeignet ist zur Schirmung der Unzufriedenheit. Eine „Anregung“ aber geht von ihm aus insofern, als er revolutionäre Thesen vor der Gefahr schützt, in Vergeßlichkeit zu geraten, und dieselben insultriert und verherbt. Ein genügender Beweis, daß die „Anregung“, die von jenem Kalender ausgeht, zu verstehen ist im Sinne der „Anregung“. Ein hinreichender Beleg für die revolutionäre Tendenz, den revolutionären Charakter der sozialdemokratischen Partei.“

Hätten wir unrecht, als wir am Sonntag schrieben, daß die gegen den Kalender erhobenen Anklagen nicht aus christlichen Empfinden heraus, sondern in hündisch-gemeiner Absicht erhoben würden?

Ein betrunkener Säugmann versuchte am Samstagabend 8 1/2 Uhr am Dronningburger Thor schlammes Aufbeil. Als der Instrumentenmacher Paul N. eise aus der Kochstraße 3 das Lokal von Kuching an der Ecke der Gasserstraße verlassen hatte, hörte er auf der Straße Lärm hinter sich, achtete aber nicht weiter darauf. Dann war er ein paar Schritte gegangen, als er in der Gegend des Arztes heftige Schreie vernahm. Beim Hinsehen erblickte er einen offenbar betrunkenen Säugmann hinter sich, der heftig mit seinem Säbel umherstieß und die Leiche gestochen hatte. Wohl waren zahlreiche Leute bei dem Vorgang zugegen, doch getraute sich niemand, den Betrunknen anzupödeln. Endlich rief die Portier des Jungferngasse in der Gasserstraße den Beamten am Genid und der rechte Hand und brachte denselben manuehr mit Hilfe eines Säugmannes auf die Revierwache in der Kollidierstraße. Hier hatte sich auch inzwischen der verurteilte Instrumentenmacher eingefunden. Der anwesende Wachtmeister bedrohte dem Hülfeuchenden, daß er sich auf der Inspektation verbinden lassen möge und erklärte gleichzeitig, daß sich schon vorher verschiedene Personen, die zum Theil noch auf der Wache anwesend waren, über den betrunknen Säugmann beschwert hätten. Umso seltener erscheint es, daß nicht zehner Anstalten getroffen werden könnten, um den gefährlichen Mann unschädlich zu machen. Ist man doch mit Beamten schnell bei der Hand, wenn ein paar ausländische Arbeiter nicht ihrer Pflicht als Streifposten nachkommen.

Auf der Inspektation stellte sich heraus, daß die Heilung der Wunde wahrscheinlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen wird. Gegen den Säugmann soll bereits von Amts wegen Strafverfahren eingeleitet worden sein.

Ein hiesiges Blatt, das auch den Namen des Säugmanns, D o v e r t, nennt, behauptet, daß derselbe zu seinem Vorgehen gezwungen war und nicht betrunken gewesen sei, sondern an nervösen „Gliederzucken“ leide. Ein solches für Passanten so gefährliches „Gliederzucken“ macht nach unserer Meinung den Mann für das Amt eines Sicherheitsbeamten unbrauchbar und eine durchgreifende Kur recht nötig.

Ueber die Ausschekung einer Kasse wird berichtet: Bei einer Suche nach Alren wurden in dem Kasse- und Bierlokal „Im fenschen Eck“, Büdlerstraße, gestern eine große Zahl höchst verdächtig erscheinender Leute festgenommen. Es gelang den 6 Säugmannen jedoch nur 14 Personen zur Polizeiwache in der Gassenstraße zu bringen. Mehrere und anscheinend gerade die gefährlichsten Individuen flüchteten durch Hinterthüren. Eine Frauensperson entlie noch auf der Straße und entkam in der dem ausgehobenen Lokale gegenüber liegenden Markthalle. Einer der festgenommenen Puzisten wollte während des Transportes mit einem Gummischlauch den Beamten zu Leibe gehen. In der ausgehobenen Kasse wurden vor einiger Zeit auch die „Banditen der Obersee“ dingelt gemacht.

Ein Kollidie ist in der Person eines zwanzigjährigen Swiden Namens L o b s auf dem Leber Güterbahnhofe vorgefunden auf fischer Thot erlapp und dingelt gemacht worden. Er hat auch bereits eingeräumt, in mehreren Fällen auf offener Straße Waren von Wollwagen gestohlen zu haben. Wahrscheinlich hat er im Verein mit mehreren anderen Puzisten den Kollidiebstahl bandenmäßig betrieben.

Der drohende Einsturz eines Neubaus in der Peterburgerstraße 77, nahe dem Weidenweg, auf dem Gelände der ehemaligen Ederischen Maschinenfabrik, veranlaßte gestern vormittag das Inspektion der Feuerwehr. Als diese erschien, stand der Neubau vollständig unter Wasser, da ein Hauptwasserrohr gebrochen war. Da befürchtet werden mußte, daß der Neubau durch Unterpflung der Grundmauern einstürzen und dadurch auch die Nachbarhäuser gefährdet würde, machte sich die Feuerwehr sofort daran, das Wasser auszupumpen. Zugleich sperren die städtischen Wasserwerke die Hauptleitung ab, um neuen Wasserzulaß zu verhindern. Es war aber schon so viel Wasser eingedrungen, daß die Feuerwehr den ganzen Tag und bis spät in die Nacht hinein zu thun hatte, um das Wasser zu entfernen. Der Schaden ist groß, denn es müssen Deden, Fußböden, Rannen u. a. erneuert werden.

An der 7. städtischen Fortbildungsschule, Gräfeitz. 85/88, muß mit Beginn dieses Jahres infolge starken Besuches neben dem bestehenden Anstus in Hysil (Machinwesen) ein neuer Anstus eröffnet werden, in dem die Elektricität behandelt werden soll und für den noch Meldungen angenommen werden. Die Teilnahme ist für jedermann offen und kostenlos. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Der Unterricht findet Montags von 7 1/2-9 1/2 Uhr statt und beginnt am 8. Januar. Anmeldungen werden täglich abends im Anstuszimmer der 176. Gemeindeschule, Gräfeitz. 85/88, entgegen genommen.

Ein großes Schadenfeuer wüthete heute früh in dem seit 60 Jahren bestehenden Wöbel- u. Ervortgeschäft von E. A b e l in der Markstraße 34. Der ausgedehnte vierstöckige Seitenflügel enthält durchweg Arbeitsräume, während das Vorderhaus zu Logerräumen dient und große Kassen sehr teuer Wöbel aufweist. Das Feuer kam, angeblich durch Selbstzündung, in der im vierten Stod des Seitenflügels belegenen Folierversicht aus und verbreitete sich mit großer Schnelligkeit. Als die Feuerwehr erschien, bildete der obere Stod ein Flammenmeer und nicht nur die darunter liegenden Räume, sondern auch das Vorderhaus mit seinem wertvollen Inhalte waren fast gesehndet. Auf die Sicherung des letzteren war die Feuerwehr in erster Linie bedacht und es gelang ihrem energischen Eingreifen nicht nur, dem Feuer den Weg zu verlegen, sondern dasselbe auf den vierten Stod zu beschränken. Aber erst nach fast vierstündiger Arbeit konnte sie um 9 1/2 Uhr wieder abziehen. Der durch Verwickelung gedeckte Schaden ist sehr beträchtlich. Eine Betriebsstörung findet indes nicht statt, da die Firma im „Markthof“ noch über große Kassen verfügt und die eigentlichen Tischlereieräume intakt geblieben sind.

Theater. Das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater ist wieder in das alte Fackel des geistlosen Paradiesens bekannter Theaterstücke verfallen. Diesmal mußten Mumenthal und Adelburg herhalten, deren Werkes „Höl“ es der Dichtung Samst angethan hat. Die Parodie entbehrt nicht allein des Witzes, sondern ist, wie die Autoren selbst in einem Prolog angeben, „ohne logische Handlung“. Trotz des guten Spiels, in dem sich namentlich Direktor Samst und die Soubrette Henny Schmidt auszeichnen, wird der Erfolg nicht lange vorhalten. Ein Glück, daß der „Onkel Cohn“ immer noch einigermaßen zugänglich ist. — Herr Rudolf Ritter ist von einem längeren Urlaub zurückgekehrt und hat v.

Rolle des Paul Benefeldt im „Probekandidat“ in den Vorstellungen des Deutschen Theaters wieder übernommen. — Carl Weich hat ein Aufstellungsstück vollendet, dessen Handlung diesmal China bildet. — Im Schiller-Theater wird demnächst an zwei aufeinanderfolgenden Sonntagmorgens die Wallenstein-Trilogie zur Aufführung kommen. Sonntag, den 7. Januar, wird „Wallenstein Lager“ und „Die Piccolomini“, Sonntag, den 14. Januar „Wallenstein Tod“ gegeben.

Itania. Dr. Georg Wegener wird heute abend 8 Uhr im großen Theaterlokal der Urania einen Vortrag mit Lichtbildern über seine Reisen in Ceslon und Indien halten.

Aus den Nachbarorten.

Nizdorf. Ein neuer Stadtheil wird hier im Anstus an den Kollidier Damm, die Kaiser Friedrichstraße und die Panierstraße entstehen. Die Regulierung und Weiterführung der Gohrecht-, Friedel- und Nentersstraße nach dem Landwehrkanal zu, sowie auch die Anlegung mehrerer neuer Querstraßen, welche vorläufig noch durch Nummern bezeichnet werden, ist als gesichert anzusehen. Wegen verschiedene säumige Straßenanliegen soll im Wege der Klage vorgegangen werden. Eine vorzügliche Verbindung mit dem angrenzenden Südosten Berlins, dem „Gölliger Viertel“, erhält der neue Stadtheil, und somit die junge Stadt überhaupt, durch die Brücke, welche jetzt im Zuge der Berlinischen Grünauerstraße über den Landwehrkanal gebaut wird. Der Bau ist erheblich fortgeschritten, aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Brücke im April fertig sein.

Der Magistrat hat die Polizeidirektion ersucht, eine sanitätspolizeiliche Kontrolle der Nizdorer Prostituirten einzuführen und auf eine scharfe Bewachung dieser Personen hinzuwirken.

Der unterbeordnete Stadtrat Dr. med. Zimmer hat das Magistratskollegium befragt, ob seine nicht auf einen Aufstellungsvertrag begründete Thätigkeit bei der königl. Polizeidirektion ein Hindernis für die Ausübung seines Amtes als Stadtrat sei. Die Frage wurde mit der Begründung verneint, daß Dr. Zimmer nicht als Polizeibeamter im Sinne des § 20 Nr. 6 der Städte-Ordnung gelten könne, da er nicht als solcher angestellt sei, sondern lediglich in einzelnen ihm zugewiesenen Fällen als Arzt fungiere. Die nicht offizielle Bezeichnung als Polizeiarzt könne hieran nichts ändern.

Ueber ungenügende Reinigung der Bürgersteige Nizdorfs wurde in letzter Zeit vielfach geklagt. In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich nun der Magistrat mit dieser Angelegenheit. Man kam zu der Ueberzeugung, daß die Verwaltung der städtischen Straßenreinigung alles gethan habe, was sie mit dem ihr zur Verfügung stehenden Personal und Material leisten konnte. Gewisse Uebelstände sah man auf den Mangel geeigneter Anstaltsmittel und darauf zurück, daß die Verwaltung dauernd auf ungewöhnlich starke Schneefälle nicht eingerichtet sein könne. Der Säuberung und dem Bestreuen der Bürgersteige soll bei künftigen Schneefällen erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Es wurde in diesem Sinne ausgesprochen, daß die Hausbesitzer, obwohl sie in Nizdorf nach dem örtlichen Recht dazu nicht verpflichtet seien, mehr wie bisher dabei mithelfen möchten. Für die Straßenreinigung sei es bei plöthlich auftretendem Glatteis nicht wohl möglich, die sämtlichen Bürgersteige der Stadt zu bestreuen. Wenn die Hausbesitzer nicht freiwillig Hilfe leisten, dann wäre zu befürchten, daß durch eine Abänderung der Straßenpolizei-Verordnung die Reinigung der Bürgersteige den Hausbesitzern wieder als eine Verpflichtung auferlegt werde.

Charlottenburg. Die Verpflegungssätze im städtischen Krankenhaus betragen nach der kürzlich erfolgten Erhöhung in der III. Klasse für Einheimische 2 M. (Kinder 1.50), für Auswärtige 3 M. (Kinder 2 M.), für Krankenpfleger 2 M., für Wäscher 2 M. Eine weitgehende, die Gesundheit der Patienten des Krankenhauses betreffende Erhöhung hat der Magistrat, wie er in einer längeren Begründung seines Beschlusses mitteilt, für mathematisch gehalten und deshalb abgelehnt. Abgesehen von den für Rechnung von Armenverbänden verpflegten Kranken, für welche der Anspruch auf Erstattung der Anstalten gesetzlich geregelt ist und bei denen eine Erhöhung der Pflegesätze überhaupt nicht in Frage kommt, handelt es sich bei den Patienten des städtischen Krankenhauses zum großen Teil um Mitglieder von Anstalten, in erster Linie um Mitglieder der allgemeinen Orts-Anstalten. Die über die Verhältnisse dieser Anstalten angefertigten Ermittlungen haben ergeben, daß ihre Vermögenslage keine besonders gute ist und daß bei den meisten derselben der Reservefonds noch lange nicht die vorgeschriebene Höhe erreicht hat. Aus diesen Verhältnissen heraus kommt der Magistrat zu folgendem Schluß: Der auch für die Magistrat von Berlin, Nizdorf u. a. O. recht beherzigenswert ist: „Während die Anstalten angewiesen werden, für die dem Krankenhaus überwiesenen Mitglieder höhere Pflegesätze zu zahlen, so müßten dieselben auch fast allgemein zu einer Erhöhung der Beiträge fähren, was eine Erhöhung ihrer Existenzfähigkeit bedeuten würde. Hiergegen sprechen, speziell bei der Allgemeinen Orts-Anstalt, erhebliche Bedenken. Diese Kasse zählt nämlich zu ihren Mitgliedern meist unsfähige Tagelöhner, die aus einer häufig nur vorübergehenden Beschäftigung weitgehende Ansprüche gegen die Kasse erwerben und diese Ansprüche auch ausüben. Die Ingehörigkeit zur Kasse, welche ihnen event. freie Kur und Krankengeld gewährt, muß, kommt der Stadtgemeinde mittelbar insofern zu gute, als die betreffenden Personen dann nicht der Armenpflege zur Last fallen. Eine durch Erhöhung der Krankenkassensätze herbeigeführte Steigerung ihrer Ausgaben würde die Krankenkasse voraussichtlich aber zu einer schärferen Kontrolle der Anmeldungen bezw. zur Ablehnung von Beitritts-gesuchen der freiwillig Versicherten nötigen. Dazu kommt, daß eine Erhöhung der Verpflegungssätze, obwohl für die Kassen sichtbar, doch für das Gesamtresultat der Einnahmen des Krankenhauses nur von untergeordneter Bedeutung sein würde. Denn es waren für die von der Orts-Anstalt während des Jahres 1898 beim Krankenhaus überwiesenen Patienten, falls der Verpflegungssatz 2.25 M. statt 2 M. betragen hätte, in Summa nur 4100 M. und falls er sich auf 2.50 M. gestellt hätte, in Summa 8200 M. an Mehr-Einnahmen zu verzeichnen gewesen.“ Im übrigen sind die Einnahmeverhältnisse des Charlottenburger Krankenhauses nicht ungünstiger als diejenigen der Berliner Krankenhäuser. Unter Zugrundelegung der Etatszahlen für 1898 bleiben beim Charlottenburger Krankenhaus rund 50 Proz. der Ausgaben gegenüber den eigenen Einnahmen ungedeckt, während bei den Berliner Anstalten 59 bezw. 63 bezw. 68 Proz. der Ausgaben durch Zuschüsse gedeckt werden müssen.

Die Einführung und Verpflichtung der neu-gewählten Stadtvorordneten erfolgt am 10. Januar, nachmittags 6 Uhr, in öffentlicher Sitzung.

— Eine Dienstanweisung für Schularzte hat der Magistrat soeben veröffentlicht. Die wichtigsten Bestimmungen derselben sind folgende: Die Thätigkeit der Schularzte erstreckt sich auf die Mitwirkung bei der Ueberwachung der gesundheitlichen Verhältnisse des Schulhauses und der Gesundheit der Schulkinder. Zu unterstützende Schulkinder sind von den Schularzten unmittelbar nach der Einschulung in der Schule auf ihren Gesundheitszustand zu untersuchen, um festzustellen, ob das Kind einer dauernden ärztlichen Behandlung oder besonderen Verpflegung beim Unterrichtsbedarf. Die Untersuchung unterbleibt, wenn dies von den rechtzeitig zu benachrichtigenden Eltern oder Erziehern unter Beifügung eines bestimmten, von dem Hausarzte angefertigten Formulars beantragt wird. In jeder Schule hält der Schularzt monatlich, beim Auftreten von ansteckenden Krankheiten auch häufiger eine Sprechstunde ab. Kranke und behandlungsbedürftige Kinder werden mit einer schriftlichen Mitteilung, die durch den Schulleiter zu übergeben ist, nach Hause geschickt. Eine Behandlung solcher Kinder durch den Schularzt ist ausgeschlossen. Die Schularzte haben außerdem auf Antrag des Schulleiters solche angeblich erkrankten Kinder, für die kein ärztliches Zeugnis beigebracht wird, in ihrer Wohnung zu untersuchen, sowie Anträge auf längere Schuldispensationen zu

beurtheilen. Derselblich finden unter dem Vorsitz eines Mitgliedes der Schuldeputation Besprechungen der Schularzte statt. Ein Recht zu selbständigen Anweisungen an die Schulleiter und Lehrer, sowie an die Schulkinder steht den Schularzten nicht zu. Sollten ihre Vorschläge nach ihrer Meinung nicht genügend berücksichtigt werden, so haben sie dieselben eventuell nach Klärung in den gemeinschaftlichen Konferenzen der Schuldeputation vorzutragen. Ende Februar jeden Jahres haben die Schularzte einen Bericht über ihre Thätigkeit einzureichen. Bei einer Veränderung, die länger als eine Woche dauert, hat der Schularzt der Schuldeputation rechtzeitig Mitteilung zu machen, sowie für seine Vertretung durch einen anderen Schularzt eventuell auf eigene Kosten zu sorgen. Der Magistrat behält sich eine Abänderung oder Erweiterung der Dienstanweisung vor.

Frauen, Schöneberg! Am Freitag, den 5. Januar, abends 8 Uhr, findet im Klubhaus, Hauptstr. 1/3, eine öffentliche Versammlung für Frauen und Mädchen statt, in der Genosse Liebknecht referieren wird. Im zahlreichen Besuch bittet Die Vertrauensperson.

Wegen Regulierung des Spreelaufs im Kreise Weeslow hat sich jetzt der dortige landwirtschaftliche Verein mit einer Eingabe an das Staatsministerium, sowie auch an das Abgeordnetenhaus gewendet, in welcher vor allem ein genaues Bild des Umfanges und der Höhe des Schadens gegeben wird, den die fortgesetzten Uebelverhältnissen jenes Spreegebietes herbeigeführt haben. Nach den eingehend vorgenommenen Erhebungen stellt sich der in den drei letzten Jahren durch die Uebelverhältnissen entstandene direkte Ernteverlust des Kreises auf nicht weniger als 1 607 470 M. und zwar sind allein im letzten Jahre von dem Ertrage der 29 000 Hektar bebauten Ackerflächen etwa 3 Proz., der 10 139 Hektar Wiesen jedoch über 50 Prozent vernichtet worden. Neben diesen direkten Schäden gehen dann noch die aus der allmählichen Verarmung des ganzen Spreeschaales entstehenden indirekten Verluste, wie der zurückgehende Kulturstand auch aller anderen, nicht verwässerten Grundstücke infolge Düngermangels, Verluste an Viehbeständen, Krankheiten der Menschen, Geldalamitäten usw. Der Verein bittet die Regierung, mit den Regulierungsarbeiten bald zu beginnen. Diese Bitte ist vom patriotischen Standpunkt aus nicht ganz einwandfrei. Denn da unsere Zukunft auf dem Wasser liegt, muß man die paar Millionen, die es an Ernten verfallend, schon in den Kauf nehmen. Was will dies keine Spier, welches das gefällige Element im Kreise Weeslow fordert, belegen gegen die Hunderte von Millionen, die ihm an neuen Kriegsschiffen beigebracht werden sollen? Und zwar kommen in Preußen zuerst Kriegsschiffe, dann neue Regimenter, dann nochmals Kriegsschiffe und so fort, und wenn dann noch etwas übrig bleibt, mögen auch Spreeregulierung und ähnliche Kulturthaten in Erwägung gezogen werden.

Ein französischer Registrierballon ist am Sonntagmorgens bei P a h n s d o r f gelandet. Der unbemannte Ballon stammte, wie sich später ergab, aus dem meteorologischen Observatorium von Trappes und enthielt eine Anzahl Instrumente, die zur selbstthätigen Ermittlung der in den höheren Luftschichten herrschenden Temperatur-Verhältnisse dienen. Im die vierte Nachmittagsstunde sahen Schulkinder in P a h n s d o r f, die sich mit dem Schüttern und Schneesackwerkzeugen ergötzen, den Ballon durch die Lüfte segeln und sich oberhalb der P a h n s d o r f Gemeindegrenze auf die Erde senken. Die Kinder alarmirten die Dorfwohner und als die P a h n s d o r f in heller Scharen auf die Höhe hinaus eilten, hatte sich der Ballon bereits in den Western einer Erle versenkt, wo er hängen blieb. In Stille der Gegend, welche sonst zur Aufnahme der Luftschiffer dient, besaß sich ein verfallener Korb, aus welchem an zwei Stellen Papierstreifen heransahen. Diese erwiesen sich als in französischer Sprache gehaltene Briefe, die von einem gerade in P a h n s d o r f weilenden Lehrer aus Nizdorf ins Deutsche überetzt wurden. In diesen Briefen, die vollkommen gleichbedeutend waren und in welchen französische Postmarken im Werte von zehn Mark sich befanden, eruchte die Leitung des Observatoriums von Trappes den Finder des Ballons, dem Observatorium sofort telegraphische Mitteilung zu machen, wann und wo er den Ballon, der wissenschaftlichen Zwecken diene, gefunden habe. Der Wert der beiliegenden Postmarken werde ihn schadlos halten, überdies sei eine Belohnung für den Finder des Ballons ausgesetzt. Unter keinen Umständen aber dürfe der dem Luftballon anhängende Korb, welcher automatische Registrierinstrumente enthalte, geöffnet werden. Nachdem all dies festgesetzt war, wurde der Ballon nach dem P a h n s d o r f Amtshaus geschleppt und später dem Amtsvorsteher der Oberförsterei Kopenitz überwiefen. Das Observatorium in Trappes wurde telegraphisch von dem Auffinden des Ballons benachrichtigt, dessen weitere Behandlung wohl durch das meteorologische Institut in Berlin erfolgen wird.

Einem traurigen Abisch fand in Charlottenburg die Silberfeier eines Volkswirts H. Herr H. vor mit seiner Familie und einer Anzahl von Gästen bis gegen 3 Uhr morgens zuzunehmen gewiesen, schloß jedoch sein Lokal und begab sich mit seinen Angehörigen zur Ruhe. Zwei Stunden später, als seine Frau und die Kinder schliefen, erhob sich H. von seinem Lager und jagte sich mit einem Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe. Die Befreiung zu dem dauerlichen Selbstmord soll in einem Rückgang des H. seinen Geschäften zu suchen sein.

Versammlungen.

Eine Versammlung der Eisenbahner tagte am 31. Dezember v. J. in Stierichs Salon. Vater Lutz referierte über die wirtschaftliche Lage der im Eisenbahndienste beschäftigten Arbeiter und den Erlaß des Eisenbahnministers Thielen. Redner wies zunächst auf die traurigen Verhältnisse der Verhältnissearbeiter hin, so werden die Arbeiter mit einem Tagelohn von 2.30 Mark eingestelt; beim Eintritt muß ein Revers unterschrieben werden, in welchem die Arbeiter sich verpflichten, für diesen Tagelohn zu arbeiten. Da aber in Accord gearbeitet wird, so können die Arbeiter bis 3.75 M. verdienen. Das ist aber nicht möglich, wenn sich die Arbeiter nicht der besondern Gunst ihrer Vorgesetzten erfreuen. So werden in einer Verstätte die sogenannten K a n n s t a f f e n a n g e f e r t i g t, für diese gibt es pro Stck 1.50 M. und hatten an solch einem Kasten drei Arbeiter einen Tag zu thun.

Es kommt nun häufig vor, daß im Accord auch mehr verdient wird wie 3.75 M., jedoch mehr als 3.75 M. wird nicht ausbezahlt. Redner weist dann nach, daß nach diesen Verhältnissen die Arbeiter pro Jahr ein Einkommen von 770—1170 Mark haben.

Der Lohn wird nur vierzehntägig bezahlt, d. h. was bis zum 9. jeden Monats fertig ist, wird am 15. jeden Monats ausgezahlt, und was bis zum 21. jeden Monats fertig ist, wird am 1. des kommenden Monats ausgezahlt. Infolge dieser Lohnzahlungsmethode sind die Arbeiter gezwungen, Nahrungsmittel leihweise zu entnehmen. Redner weist dann nach, wie durch solche Verhältnisse die Arbeiter gezwungen werden, sich Nebeneinnahmen zu verschaffen, und erinnert hierbei an den Prozeß der Schaffner bei der Hamburger Bahn. Diese Vorlesung scheinen aber von der Staatsbahn-Verwaltung gar nicht berücksichtigt zu werden. Statt die Lage des Fahrpersonals, der Streckenarbeiter und Werkstättenarbeiter durch auskömmliche Löhne und durch kürzere Arbeitszeit besser zu stellen, thut man das Gegenteil; es soll einmal gefast werden. Da werden durch den neuesten Erlaß des Eisenbahnministers die Dienstaufgaben der Unterbeamten vermehrt, die Dauer derselben allerdings verlängert wird. Sollen diese arg gebeiß mit dem Koalitionsrecht der Staatsbahn-Arbeiter aus. Jede Regelung für organisatorische Verbesserungen wird unterdrückt durch Regierung.

Als hier die Fikale des Eisenbahner-Verbandes gegründet wurde, bestete man in den Verstätten einen „Mas“ an, in welchem der Beitritt zum Verband wie auch das bloße Halten der Zeitung

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 4. Januar.
Opernhaus. Der Propst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Schwärzung des Hieses zu Genua. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Der Siegelgeprüfte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Veffing. Der Zughof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Almansor. Tortill. Abends 7 1/2 Uhr.
Schilder. In Behandlung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Ein unbeschriebenes Blatt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wefen. Der Rigeunerbaron. Anf. 7 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.

Residenz. Busch und Reichenbach. Border. Die Richtige. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luffen. Neue Reiche. Anf. 8 Uhr.
Central. Die Welthe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Carl Weich. Kinder der Hölle. Anfang 8 Uhr.

Victoria. Die Senas von der Markthalle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshafisches. Im weißen Röhl ober: Was ich wiederkam... Anfang 8 Uhr.
Velle. Alliance. Vosspiel des Schiller'schen Bauern. Theaters. Der Amerikaner. Anf. 8 Uhr.

Metropol. Spezialitätenvorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Palast. Heute von heute. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Krania. Jubiläum. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr. Sienawarte.

Laudenfr. 48/49. Dr. Wegener. "Duro Legion und Judicia". Anfang 8 Uhr.
Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
In Behandlung.
Komödie in 3 Akten von Max Dreyer.
Freitag, abends 8 Uhr:
In Behandlung.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Käthchen von Heilbronn.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Täglich:
Noch nie dagewesener Poffen-Ladegerfolg!
Im Himmelhof.
Sauptrollen: Emil Thomae, Guido Thielker, Fritz Helmerding, Hans Juntersmann, Herbert Paulmüller, Marg. Knieper, Ada Wilam, Valerie Schäfer. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Nur noch kurze Zeit!
Die Geisha.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, nachm. 3 Uhr, zu halben Preisen: **Boccaccio** von Franz v. Suppl.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstraße 132.
Kinder der Hölle.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbilletts haben Giltigkeit.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Apollo-Theater.
Im Reiche des Indra.
Thompsons Elefanten
usw.
Kasseneröffnung. 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Heute Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Ein Boll ohne Damen.
Nach der Solire:
Tanzfränzchen.
Freitag und Sonnabend:
Geschlossen.

Cirkus Busch.
Heute Donnerstag, 4. Januar 1900, abends 7 1/2 Uhr:
Grosser Gala-Abend.
Zum 50. Male:
Die Camorra.
Von der gesamten Presse als das größte und interessanteste Sensations-schauspiel des Jahres anerkannt. Außerdem: Die 3 Tiger-Grazen vom Stamme der Rangbatta aus dem Innern von Central-Afrika. Zum erstenmal: Alle Reibit. Drahtseil. Die Ritter-Turniere des Mittelalters in voller Rüstung mit 26 Schuttpferden. Mit Kala Ver, Schuttreiter. Morgen Freitag, 5. Januar, abends 7 1/2 Uhr: **Die Camorra** und humoristische Vorstellung.
Sonntag, den 7. Januar 1900: Zwei große Vorstellungen. Nachmitt. 4 Uhr: Olympische Spiele. Abends 7 1/2 Uhr: **Die Camorra.**

Cirkus Alb. Schumann.
Heute Donnerstag, den 4. Januar:
Elite-Abend.
Gala-Programm.
Neu! Unter anderem: Neu! Zum 1. Male in Europa.
Aus dem Reiche des Mikado.
3. Debut der phänomenalen
12 Akimotos 12
Wirklich sensationelle Attraktion.
Ferner das übrige vorzügliche Programm und Direktor Alb. Schumann mit seinen anerkannt unerreicht hochstehenden Original-Dressuren.
Zum Schluss zum 47. Male:
Der erste Salager der Saison:
Das glänzendste Ritterturnier:
Schwarz und Weiß mit sämtl. neuen Einlagen.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang: Konzert 7, Vorstellung 8 Uhr. Vorverkauf von 11-1 Uhr.
W. Noacks Theater,
Brunnenstraße 16.
Friede auf Erden.
Lebensbild mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Hugo Schulz. Musik von Reichen.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzfränzchen.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Dr. Wegener:
Durch Ceylon und Indien.
Invalldenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Noch nie dagewesen:
Sascha
hebt mit den Haaren bis 300 Kilo
Anatomisches Museum
Dienstags für Damen.
Golf von Neapel (letator Monat vor der Ueberführung nach London).
Spezialitäten-Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Gr. Weihnachts-Ausstellung
mit Berliner Weihnachtsmarkt (Schlossplatz) im 18. Jahrhundert.
Im Theater-Saal:
Zindarella.
Die Weihnachts-Beschörung. Die heilige Familie. Konzert einer Damenkapelle. Der Wunderhund "Schimmel".
Die Boeren.

American-Theater.
Dresdenstr. 96. Dir.: Emil Schnabl.
Großer Erfolg!
Berliner Boulotte
ober: Direktor Striebe auf Reisen. Anfang 8 Uhr. Raffeneröffnung 7 Uhr.
Sonnabend, den 13. Januar:
Erster großer Maskenball.

Maehrs Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich:
Nord und Süd.
Operette in 1 Akt von Linberrer.
Anna und Bruno Bährer. Original-Verwandlungsduett.
The two Brackfords. Ufrobaten.
Anfang 9 Uhr. Raffeneröffnung 7 Uhr.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang: Konzert 7, Vorstellung 8 Uhr. Vorverkauf von 11-1 Uhr.

W. Noacks Theater,
Brunnenstraße 16.
Friede auf Erden.
Lebensbild mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Hugo Schulz. Musik von Reichen.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzfränzchen.

Typographia.
Morgen Freitag:
Übungsstunde.
Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir.: Rich. Schultz.
Neue Debuts!
Liane de Vries,
Pauline d'Argent,
Little Carlsen, Rapoll,
Carmen Rosario,
The Clives, Mary Wolf,
sowie das vollständig neue
Januar-Programm.
Um 9 Uhr 30:
Die Sensations-Robitait
Die verkehrte Welt
mit der feuchtesten Truppen-Revue.
Anfang 8 Uhr.

Sonnabend, 6. Januar:
Erster großer
Metropol-Theater-Masken-Ball.
Alles Nähere besagen die Plakate an den Säulen.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang:
Bodentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entrée 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Armin-Hallen, Kommandanten-Strasse 20,
ist ein Saal noch einige Sonnabende und Sonntage im Januar und Februar zu vergeben. 162/6

Naturheilverfahren.
Ich heile
ohne Berufshörung alle Männer- und Frauenleiden, ebenso Nieren- und Blasenleiden. Naturgemäße Behandlung. 3045/2

Fr. C. Henke,
Rathenowstr. 49, i. Ecke
Ferbergerstrasse.
Sprechstunden 9-2, 5-9,
Sonntags 9-2. Bei Vorzeigung
der Verbandskarten 10 Proz.

Zahnziehen völlig schmerzlos!
Plombieren 1,00 an. Künstl. Zähne 1,50 an, reell u. gewissenhaft.
Sofortige Behandlung. 1/14
Sprechstunden: 8-8, auch Sonntags.
R. Lange, Blumenstr. 25, Ecke Bernsdorferstr.

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Harn- u. Blasenleiden.
Frauen Krankheiten. Heilt sicher ohne Berufshörung. 3444/2
Walfstraße 23.
R. Wagner, 9-2, 5-9, 19-2

Arbeiter-Bildungsschule.
Donnerstag, den 11. Januar 1900, abends 7 1/2 Uhr,
im „Englischen Hof“, Neue Rossstr. 3:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Schulangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 4/2
Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Achtung! Bauanschläger. Achtung!
Am Freitag, den 5. Januar, vormittags 9 Uhr, im Lokal des Herrn Bude, Grenadierstraße 33:
Große öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Revisoren. 2. Bericht der Kommission. 3. Befestigung der Unterhütung und mehreres. 35/1
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Lokalkommission.

Gewerkschaften Charlottenburgs!
Freitag, den 5. Januar, abds. 8 1/2 Uhr, in der Gambrinus-Druckerei zu Charlottenburg:
Gr. öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahlen. Referent Genosse Zubell. 2. Diskussion und Auffstellung der Kandidaten. 3. Gewerkschaftliches. 202/1
Gleichfalls sind die Arbeitgeber hiermit eingeladen. Der Vertrauensmann.

Schöneberg.
Am Freitag, den 5. Januar, abends 8 Uhr, im Klubhaus, Danzigerstraße 5-6:
Oeff. Versammlung für Frauen und Männer.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Liebknecht. 2. Bericht der Gewerbegerichts-Beiräte und Stellungnahme zu den am 20. Januar stattfindenden Wahlen zum Gewerbegericht. 202/2
Die Vertrauenspersonen.

Cobus Festsäle, Dentschstraße 19/20. Sonntag, der 14. Januar ist frei geworden. 3447/3

MAGGI
5 Pf. für 1 Portion Suppe.
10 Pf. für 2 Portionen Suppe.
12 Pf. für 2 Portionen Fleischbrühe.
16 Pf. für 3 Portionen feiner Kraftbrühe.
25 Pf. für 4 Portionen feiner Kraftbrühe.
DIE GUTE SPARSAME KÜCHE
Zu haben in allen Delikatess- u. Kolonialwaren-Geschäften und Droguerien

van Houtens Cacao
1/2 Kilo genügt für 100 Tassen
Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist. Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlschmeckend, leicht verdaulich und stets schnell bereitet. Van Houtens Cacao wird nur in den bekannten Blechbüchsen, niemals lose verkauft, da bei lose ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.

Photographisches Atelier.
Abalbertstr. 67 (Eckhaus an der Abalbert-Brücke). Bist 13 Stk. und 1 Postkarte mit eigener Photographie 3 R. 7 Rabinett mit Postkarte 6 R. Bereinigungsaufnahmen ohne Anzahlung 50 x 60 a Bild 2 R. 75 Pf. 3441/2

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Gardinenhand Große Frankfurterstr. 9, parterre. 11005
Kanarienvögel, leichte Sänger verkauft Schulz, Bahnstraße 35, Wilmannsstr. 1142/2
Gebrauchte eiserne Ofen, Heugüter, Saal, Damerbrand, in allen Größen, eiserne Ofen mit Thür und Thür, Kandelaber mit Laternen, Kronen, Luren, Hängel, Doppelarmle zu Was und elektrisch, Schilder, Borleger, Kusteger, zur Eisbahn passend, billig Carl Kaufmann, Willemsstr. 19, am Urban. 15715
Fahrradhandl. kaufen sämtliche Zubehör- und Reizeile, sowie Westeile, gepannte Räder sehr vorteilhaft. Fahrradartikel ein gros, legt Kadaverstraße 3, Oheberg. 1/2
Abzahlung: Schwindel, ohne solchen verleihe ebenfalls auf Teilzahlung Schlagsregulator, vierzehn Tage gehen, achtzehn Mark. Silberne Herren-Monturuhr fünfzehn Mark. Gemischter Schlagsregulator, fünfzehn Mark. Uhrmacher, Charlottenstraße fünfzehn. 2008/2
Fahrrad, hochlegant, Prachtmachine, schnellwert, sofort bringend, freitragend, Cigarrenschäft Königsbergerstraße 7. 120/1
Kanarienvögel und Weibchen verkauft billig F. Gwald, Schönleinstr. 6. 300K/2
Teppich, prachtvoller, Rauerhoff, Große Frankfurterstraße 9. 1115/2

Möbel auf Teilzahlung Teilmann, Prinzenstraße 62. 1167/2
Möbel, bar und Teilzahlung, billig. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königsbergerstraße. 2872/2
Vorjährige elegante Winterpaletots und Herrenanzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf nur Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II. 749b
Zurückgelehnte Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf nur Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II. 750b
Betten, Teppiche, Steppdecken, Gardinen, preisbillig Pfandleiche Reichenstraße 6. 140/15
Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.
Fahrräder, Gefelle, gepannte Räder, teilweise billig, feinste Teilzahlung, Fabrik, Oranienstraße 33, II.
Teppich, prachtvoller, Rauerhoff, Große Frankfurterstraße 9. 1116/2
Bestellen mit Aufschlafung 18, einfache 8, Schlafsofa, gut erhalten, sowie angeordnet mit neuen Bezügen. Möbelgeschäft Antkomestr. 20. 34/2
Cigarrenschäft-Verkauf Panfom, Schmitzstraße 19. 1630b
Reparatur wegen Krankheit der Frau zu verkaufen Hülberdorferstraße 18. 1631b
Nähmaschinen ohne Anzahlung. Woche 1 Mark. Bestellung Welfenstr. 16. 1022/3

Möbelverkauf, Oranienstraße 73, zwischen Moritzplatz und Alexandrinenstraße, in meinem vier Stagen hoher Fabrikgebäude, großes Möbel-Specialgeschäft für Wohnungs-Einrichtungen. Hauptstücke, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Eintausf zu befechtigen. Verlangen Sie mein größtes Musterbuch gratis und franco. Durch größere Wareneinkäufe und Ersparung der teuren Fabrikante bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante von 500 bis 10000 Mark zu liefern. Herrliche Musterzimmer zur Ansicht. Wohnungs-Einrichtungen auf Teilzahlung unter den billigsten Bedingungen. Besuchen ohne Anzahlung. Figuren, Lampen und Dekorationswerkstoff. Frauente erhalten hübsches Damen-Möbelstück als Zugabe. Kleider-schrank 20, Waschtiselle, Küchenschrank 18, Kommode 15, Spiegel 7, Tischel, Kleiderständer 35, Sofa 30, Bettstelle mit Matrize 18 Mark, Aufbaumatratze und Matratze 32 Mark, Prunkelstühle mit Sprungfederboden 40, elegante Truhen 45 Mark, Salon-Garnitur 60, 75 und 105 Mark, Paneeleisofen mit Bettelstufen 75, Herrenschreibtisch 45, reichgeschmücktes Buffet 100 Mark. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräte vertrieben geweiher. zum Teil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglicher Eingang gebrauchter, einfacher und feiner Möbel. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb.

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1 Mark. Bestellung Welfenstr. 16. 1022/3
Vermischte Anzeigen.
Elektrotechnik, 5. Januar neuer kationischer Abendkurs. Keine Vorkenntnisse. Vorzügliche Lehrmethode. Glänzende Resultate. Abgangsprüfung. Zeugnis. Stellennachweis. Anmeldungen persönlich. Jacksons Elektrotechnik, Alie Jakobstraße 24.
Elektra, Prinzenstraße 55. neuen Wendtursus und Praktikum für Elektromonteur 8. Januar. 28/2
Kugellager, Spindelstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankheiten. 3089/2
Weberlexikon, Brockhaus, Berlin und andere wissenschaftliche Bücher, stark und beliebt. Antiquariat Kochstr. 59 I. 2572/2
Platin, Gold, Silber, Refraktor, Treifen, lauft zu hohen Preisen die Schmelze, Zimmerstraße 32. 1355b/2
Bereinszimmer empfiehlt Bier, Alie Jakobstraße 119. 288K/2
Fahrrad-Fabrik Reparatur-Verfahren Carl Reiche, Große Frankfurterstraße 123.
Schwarzer Jagdhund, graublauer Bruch, Vektor, Steuermarke 8271, verkaufen. Wiederbringer gute Verlohnung. Wiese, Gneisenaustraße 18.
Harmonika, Reparaturen, lauder, Stimme 25 Pfennige. Büchsen werden gelimmt. Thal, Bismarckstr. 8, Rade Wrischenbühl. 1130

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Tüchtiger Böttcher auf Goldleisten gesucht, Wilmersstraße 15. 1104/2
Gummiarbeiter, gelübt, auf technische Sachen, Schlauchmaschinen und Maschinenarbeiter verlangt Gummi-Fabrik Gartenstraße 167/8. 120/3
Dirigent, Gut geschulter Gelehrter sucht thätigen Dirigenten für Dienstags-Gesellige Orchestern an H. Seeger, Gurostraße 22, zu richten.
Suche für meine gut eingerichtete Kartonfabrik einen thätigen, zuverlässigen, selbstständig leitenden Mann. Adressen unter A. 1. an die Expedition dieses Blattes. 1624b
Wasserkraft auf bessere Regenmäkel verkauft Ray, Reichenbergerstraße 141. 1628b
Gelübt Unterrod-Arbeiterinnen und Garnierinnen verlangt Krüger, Kottbuser Ufer 63. 1612b
Wasserkraft auf bessere Regenmäkel verkauft Ray, Reichenbergerstraße 141. 1628b
Arbeiterinnen auf Wasserkraft 1 bis 6 verlangt H. Ruben, Welfenstr. 2. 140/17